

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 220 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 5/2013 VOM 30. APRIL 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Ohne Arbeitszeitverkürzung 6
nie wieder Vollbeschäftigung**
Die 30-Stunden-Woche fordern

Ein Leitbild
für die ganze Stadt
Abriß ganzer Stadtteile als Zukunft?

10 | **2.700 Bäume
gefährden den Verkehr**
Gefahrenabwehr im Stadtforst

Gedanken zum Ersten Mai

Aufstocker und Niedriglohn sind Normalfall

Es ist ein Jahr nach der Schleckerpleite. Da stellt sich die Frage: Was ist aus den Beschäftigten in der Region geworden?

Der Tarifkonflikt im Werner-Forßmann Krankenhaus hat zwar ein wenig den Geldbeutel der Beschäftigten gestärkt, aber die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal auf den Stationen sind immer noch eine Katastrophe.

Die Beschäftigten der Barnimer Busgesellschaft haben erfolgreich Lohnerhöhungen erkämpft, ohne selbst in den Warn- oder in den Erzwingungsstreik zu gehen. Sie waren aber solidarisch mit den KollegInnen in den Brandenburger Regionen einschließlich der Uckermark, die mit zahlreichen Warnstreikaktionen dafür gesorgt haben, daß es zum erfolgreichen Abschluß kam.

Für die Repower Beschäftigten (auch für die in Trampe Beschäftigten) wurde im Bereich der Erneuerbaren Energien durch die IG Metall erstmalig ein konstruktiver Tarifabschluß erreicht.

Zehn Jahre Hartz-IV, der Generalangriff des Jahrzehnt auf den ersten Arbeitsmarkt auch in der Barnimer Region. Kommunalkombi, Bürgerarbeit, Ein-Euro-Jobs, Arbeit (Armut) für Brandenburg und Bundesfrei-

willigendienst sind alles arbeitsmarktpolitische Instrumente, die in öffentlichen Verwaltungen Hochkonjunktur hatten und haben. Dies teilweise in sozialpartnerschaftlicher Begleitung von DGB-Gewerkschaften sowie Betriebs- und PersonalrätInnen.

Das massenhafte Entstehen und ständige Expandieren einer Wohlfahrts-, Sozial-, Freiwilligen- bzw. Armutsindustrie aber auch die Perspektivlosigkeit insbesondere unter Jugendlichen ist besorgniserregend. Zunehmende soziale Verwerfungen und Verwahrlosungen sind mehr als ein aktueller Beleg dafür, daß der soziale Friede in großer Gefahr ist.

Der massenhafte Anstieg des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in Barnimer klein- und mittelständischen Unternehmen sind belegt. Rund 13.000, das sind 42 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Landkreis, beziehen Löhne unter der Niedriglohnschwelle. Im Jahr 2010 wurden mehr als 2.000 »Aufstocker« gezählt, die zusätzlich zu ihrem Lohn ALG II beziehen. Im Barnimer Lebenslagenbericht 2012 ist dies an ausgewählten Beispielen konkret formuliert.

Fortsetzung auf Seite 2

Das neue Mühlentor – Stadteingang für Bernau

Bernaus Stadttor zum Mühlberg, eines von dreien, wurde 1885 geschliffen. Es war dem Verkehr von Heuwagen im Wege und bot der Stadt auch keinen Schutz mehr. Aber irgendwann brauchte auch niemand mehr Heuwagen. Und so kam die Zeit, dieses Tor wieder auferstehen zu lassen, nur steht es nun nicht mehr als Symbol der Trennung, sondern der Verbindung.

Nach Grundsteinlegung im Jahr 2012 fiel am 18. April 2013 das Baugerüst, um den Weg freizumachen für den letzten Schliff in eine neue Zeit.

Dieses Tor ist eine Einladung an die Region, Bernau zu besuchen. Hier und da hört hört man immer wieder Stimmen, denen dies geschmacklich nicht paßt. Aber der Bau entspricht genau dem Geschmack unserer Vorfahren vor vielleicht 700 Jahren. Natürlich sind Zugewanderte und andere unbeteiligte Sippen ausgenommen, denn ihre Vorfahren haben im frühen Mittelalter vermutlich woanders Stadttore gebaut.

Doch Politik funktioniert hier auch im Kleinen. Es gibt dem Gedanken folgend regionale Fördermittel aus dem Pomerania-Topf und außerdem wurde der aktuelle Nachbau zu einem gut Teil Spendengelder Bernauer Bürger und Firmen finanziert. So setzt sich Bernau mit seiner Vergangenheit und seinen Traditionen auseinander. Geschichte wird hier nicht nur mit Sport und dekorativen Umzügen oder Hussitencamps verinnerlicht, sondern auch zum Anfassenden erlebbar. Vielleicht für weitere 700 Jahre.

THOMAS TOBLER



Gerechtigkeit und Solidarität

Während Milliarden in spekulierende Banken gepumpt werden, um sie zu retten und die Medien dem Steuerskandal in den Finanzoasen weltweit auf die Schliche kommen, ringen Rentner und Arbeitnehmer auch in Deutschland um ihren Lebensunterhalt. Die Rente liegt bei durchschnittlich 833 Euro in Brandenburg.

Die Gewerkschaften zeigen durch Mitbestimmung und Tarifpolitik, daß wir die Lage der arbeitenden Menschen verbessern können. Aber wir erleben seit Jahren, daß Arbeit entwertet wird. Aus sicheren Arbeitsplätzen wurden oft unsichere Jobs. Fast ein Viertel der Beschäftigten hängt im Niedriglohnsektor fest. Immer mehr Beschäftigte leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen und Streß. Und immer mehr Menschen droht Altersarmut. Ich warne die Parteien davor, im Wahljahr das **Blaue vom Himmel** zu versprechen. Gerade die Parteien, die die Bundesregierung stellen, haben vier Jahre Zeit gehabt, den Mindestlohn einzuführen, um somit ein Stück Lohngerechtigkeit zu schaffen; das hat man ignoriert.

Wenn das Steuerrad nicht herumgerissen wird, droht die Idee von der Europäischen Union zur Makulatur zu werden. Immer mehr Menschen nehmen die EU als politisches Projekt war, das auf **krisenverschärfende Austeritätspolitik** setzt, in dem ein Europäischer Gerichtshof vielfach arbeitnehmerfeindliche Urteile fällt und damit das deutsche Tarifrecht aushebelt. All das dämpft die Begeisterung für die EU, die mehr als ein Imageproblem hat.

Ich rufe alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Barnim auf, am 1. Mai in Eberswalde und Bernau zu bekunden, welche Politik sie wollen.

Ich hoffe, daß viele hundert Menschen zu den Maifesten am 1. Mai auf die Marktplätze in der Kreisstadt und in Bernau kommen und mit ihrer Beteiligung im Wahljahr 2013 ihre Verbundenheit und Unterstützung für die Forderungen der Gewerkschaften zum Ausdruck bringen. Mein herzlicher Dank gilt den mitwirkenden KollegInnen von Gewerkschaften, Parteien und Verbänden aus, die mit ihrem Engagement die Maifeste erst ermöglichen.

Wir sehen uns am 1. Mai!

RALF KAISER,

Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Barnim

Die Maifeste am 1. Mai auf den Marktplätzen in der Kreisstadt und in Bernau beginnen jeweils um 10 Uhr. In Eberswalde sprechen der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten im Land Brandenburg, Ralf Christoffers, der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Kaiser sowie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Ostbrandenburg, Peter Ernsdorf.

In Bernau wird Reiner Bieck, Vorstandsmitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) sprechen. Auf einer Podiumsdiskussion werden später er sowie der Minister Christoffers und Olaf Mangold von der SPD Panketal zu den Themen Mindestlohn, Leiharbeit und Europapolitik diskutieren.

Fortsetzung von Seite 1:

Aufstocker und Niedriglohn sind Normalfall

Die konstruktive Anwendung des Brandenburger Vergabegesetzes seit dem 1. Januar 2012 mit einem Stundenlohn von 8 Euro ist in den öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen des Landkreises Barnim fast ein Fremdwort. Viele Barnimer Kommunen einschließlich Eberswalde sorgen mit ihren öffentlichen Auftragsvergaben nach Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen dafür, daß Lohndumping bei den auftragnehmenden Firmen praktiziert wird. In vielen Gewerken ist damit vorprogrammiert, daß noch nicht einmal der Branchenmindestlohn gezahlt werden kann. DIE LINKE und die SPD sind mit ihren KommunalpolitikerInnen auf lokaler und regionaler Ebene diesbezüglich fleißig mit im Boot, obwohl man in ihren programmatischen Aussagen auf Landes- und Bundesebene das »Hohe Lied von guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit« singt.

Das gewerkschaftliche Motto für den 1. Mai 2013 »Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Euro-

pa.« muß vielen Erwerbslosen aber auch prekär Beschäftigten insbesondere im Niedriglohnsektor wie ein Hohn vorkommen.

Schaut man sich das Programm der 1. Mai-Hauptveranstaltung in Barnims Kreishauptstadt Eberswalde an, ist zu hinterfragen, ob der neu gegründete ehrenamtliche DGB Kreisvorstand Barnim sich als parteiunabhängige Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder doch mehr als »entpolitisierte Konzert- und Gastspieldirektion« versteht.

Daß drei Männer (in gut dotierten Vergütungsverhältnissen) offiziell zu Beginn der Veranstaltung ihre traditionellen und honorigen SPRECHBLASEN verkünden dürfen, ist erklärungsbedürftig. Wo bleiben die zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Gewerkschafterinnen der Region, die täglich und vielfach unter mehr als miesen objektiven und subjektiven Rahmenbedingungen ihre Frau in der ausbeutenden Arbeitswelt und in der Familie stehen?

CARSTEN ZINN



Es reicht! Die Zeit ist reif:

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Unter dieser Regierung wird derart gelogen, betrogen, verlieren Politiker ihr Gedächtnis, ihre Kaderakten, daß sich die Balken biegen. Es werden Titel – insbesondere Dokortitel – vorgegaukelt, was nach meiner Auffassung die Folge hat, daß derartige Politiker keine objektive, dem Volke zugewandte Aufgaben realisieren können.

Ich meine: Neue Menschen braucht das Land. Die politischen Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind, sind mit ihrem derzeitigen politischen Personal zu keinerlei Neuerungen in der Lage.

Ich fordere, daß über soziale Prozesse nicht nur gesprochen wird. Für dieses Thema – das Thema Nummer 1 – muß auch gehandelt werden. Das ist mit den derzeitigen Parteien im Bundestag nicht machbar. Das ist für mich Fakt. Diese Parteien haben keinerlei Willen, den Menschen in diesem Staat eine soziale Grundabsicherung zu garantieren. Diese Parteien garantieren nur Armut für viele zugunsten des Reichtums weniger.

Mein Ziel ist, daß jeder erwachsene Bundesbürger eine monatliche Grundsicherung von 1.500 Euro und alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr von 500 Euro erhalten.

Dafür sind rund 100 Milliarden Euro erforderlich. Das ist lediglich ein Drittel des Bun-

deshaushalts und somit ohne weiteres finanzierbar. Allein der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales umfaßt aktuell deutlich mehr. Die meisten Sozialausgaben würden durch ein Grundeinkommen nicht mehr notwendig sein – einschließlich der zur Verwaltung der Sozialausgaben notwendigen Bürokratie. Hinzu kommen 33 Milliarden Euro an völlig überflüssigen Militärausgaben, die 2013 gegenüber dem Vorjahr sogar um fast 1,4 Milliarden Euro aufgebläht wurden.

Mit den derzeitigen Bundestagsparteien ist keine Änderung zu erreichen. Offensichtlich ist es erforderlich, eine neue Partei in den Bundestag zu wählen, eine Bürgerpartei, die Mehrheiten erringen kann. Denn ohne Mehrheit im Bundestag fehlen die Gestaltungsmöglichkeiten zur Umsetzung solch gravierender Reformen.

Ich rufe alle Bürger auf, sich dazu eigene Gedanken zu machen und diese mit eigenen Vorschlägen in der BBP zur Kenntnis zu geben.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER,

Initiative für ein

bedingungsloses Grundeinkommen Eberswalde

30-Stunden-Woche fordern!

Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung!

Wir wenden uns an die RepräsentantInnen der Gewerkschaften, an alle demokratischen Parteien, die SpitzenvertreterInnen der Sozial- und Umweltverbände sowie die Kirchenvorstände in Deutschland mit der dringenden Bitte, dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit höchste wirtschaftliche und politische, soziale und humanitäre Priorität einzuräumen. Deutschland und die ganze Europäische Union befinden sich in einer schweren ökonomischen und sozialen Krise.

Die Arbeitslosigkeit hat in Europa unerträgliche Größenordnungen erreicht. Besonders erschreckend ist die Jugendarbeitslosigkeit, die in einzelnen Ländern über 50 Prozent hinausgeht. In Deutschland ist zwar die Zahl der Jobs in den letzten Jahren gestiegen, aber es sind überwiegend Kurz-Jobs, die als Lebensgrundlage nicht ausreichen (sogenannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse). Die Bewältigung der Arbeitsmarktkrise erfordert die aktive Beteiligung aller demokratischen Kräfte im Land. Wirtschaftliche Macht und neoliberale Politik müssen daran gehindert werden, weiterhin die Krisenlasten der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, den Arbeitslosen und den sozial Schwachen aufzubürden.

Notwendig ist eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Lassen Sie uns dafür gemeinsam kämpfen!

Seit Jahren findet eine sozial und ökonomisch kontraproduktive Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins, Miete, Pacht) statt. Dadurch wurde die Binnennachfrage eingeschränkt und das überschüssige Kapital – weg von der produzierenden Realwirtschaft – in den Finanzsektor umgeleitet. Gewaltige Finanzspekulationen und Finanzkrisen waren die Folge.

Die Krisenbewältigung darf nicht denen überlassen werden, die aus den Krisen hohe Gewinne gezogen haben und jetzt erneut versuchen, mit Scheinalternativen und einer Therapie an Symptomen ausschließlich den Besitzstand der Vermögenden auf Kosten der großen Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Fast vierzig Jahre neoliberaler Kapitalismus sind genug.

Dieser wirtschaftspolitische Irrweg hat nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in der ganzen Welt zu unermeßlichem sozialem Elend geführt. Eine Wirtschaftspolitik, die blind auf weiteres Wachstum setzt, verschärft auch die Gefahren des Klimawandels und der Naturzerstörung, sie hat die Spaltung innerhalb und zwischen den Gesellschaften vertieft, die Reichen noch reicher und die Armen ärmer gemacht.

Die neoliberale Umverteilung wäre ohne die lange bestehende Massenarbeitslosigkeit nicht möglich gewesen. Weder in Deutschland noch in einem anderen Land.

Ein Überangebot an den Arbeitsmärkten führt zu Lohnverfall. Deshalb sind die Profiteure und ihre politischen UnterstützerInnen mit aller Kraft bestrebt, von der Tatsache der bestehenden Massenarbeitslosigkeit abzulenken. Besonders vehement treten hierbei die Neoliberalen in Deutschland auf. Ihre Propaganda,

es gebe in Deutschland fast wieder Vollbeschäftigung, grenzt angesichts der Realität von Massenarbeitslosigkeit an Zynismus. Branchenspezifischer Fachkräftemangel, der künstlich aufgebauscht wird, ließe sich rasch durch bessere Vergütung und längerfristig durch bessere Fortbildung beseitigen. Auch die Behauptung der Neoliberalen, wir müßten wegen des demographischen Wandels und der Sicherung von Renten länger arbeiten, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Richtig ist dagegen: In Deutschland sind gegenwärtig, wenn wir nur die nicht freiwilligen Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten mitrechnen, circa 6 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Während viele Menschen unter psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit in Form von Depressionen, Minderwertigkeitsgefühlen etc. leiden, müssen Beschäftigte in den Betrieben die Folgen von Mehrarbeit auf sich nehmen ...

Das herrschende neoliberale Modell hat den Gewerkschaften unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit viel von ihrer Gestaltungsmacht geraubt und sie in die Defensive getrieben ... Allein fast eine Million Geringverdienerschichten mittlerweile wöchentlich 50 Stunden und mehr, um überhaupt ein Einkommen zu erzielen, von dem man aber immer noch nicht leben kann. Immer mehr ArbeitnehmerInnen beziehen – trotz Arbeit – Hartz IV als sogenannte »Aufstocker«. Die, die heute schon nichts haben, werden zusätzlich in die Altersarmut geschickt. Ähnlich und noch schlimmer sind die Bedingungen in den meisten anderen Staaten der Europäischen Union.

Die Massenarbeitslosigkeit ist die Ursache des ruinösen Wettbewerbs unter den Beschäftigten und fördert die Entstehung des Niedriglohnssektors und solcher diskriminierenden Arbeitsformen wie Leiharbeit und Werkverträge ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung. Daher ist dringende eine Verknappung von Arbeit auf die 30-Stunden-Woche notwendig. Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt gegenwärtig ohnehin schon ca. 30-Stunden je Woche, aber die Arbeit ist ungleich verteilt. Die Forderung nach der 30-Stunden-Woche schließt dabei alle denkbaren Arbeitszeitformen (verlängerter Urlaub oder früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben oder Sabbaticals etc.) ein ...

Arbeitszeitverkürzung ist keine rein tarifpolitische Aufgabe mehr, sondern ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

Die faire Teilung der Arbeit trägt sowohl den Interessen der Beschäftigten, als auch der Arbeitslosen gleichermaßen Rechnung. Mit Hin-

blick auf ihre Wirkung, endlich die Vereinbarung zwischen Familie und Beruf möglich zu machen, ist sie auch ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung ...

Der Verteilungsspielraum ist immer die Produktivitäts- plus Preissteigerungsrate. Dabei ist Arbeitszeitverkürzung die einzige logische sowie historisch konsequente Antwort auf die Produktivitätssteigerungen, die oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft liegen und so zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens und ohne Arbeitszeitverkürzung zu Arbeitslosigkeit führen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nur bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich, sonst sinkt die Lohnquote noch weiter, dies zeigen gesamtwirtschaftliche Berechnungen.

Wir bitten daher insbesondere die Gewerkschaftsspitzen in den Tarifverhandlungen, aber zugleich auch WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und PublizistInnen der Behauptung strikt entgegenzutreten, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sei nicht möglich.

Die »Initiative Arbeitszeitverkürzung« kann nicht von den Beschäftigten und ihren Betrieben auf der einzelwirtschaftlichen Ebene ausgehen. Es bedarf hier zur Überwindung der betriebswirtschaftlichen Rationalitätsfalle einer überbetrieblichen Initiierung durch eine konzentrierte DGB-Kampagne. Daher haben nach unserer Auffassung die Gewerkschaftsspitzen eine herausragende Verantwortung zu erfüllen. Aber auch nur mit breiter Unterstützung aus Politik, Sozial- und Umweltverbänden sowie der Kirchen und der gesamten Zivilgesellschaft, kann letztlich das Ende der Massenarbeitslosigkeit eingeleitet werden.

Wir wissen um die schwierigen Bedingungen in den Betrieben, in denen die Beschäftigten sich gegen Arbeitszeitverlängerungen wehren, nachdem der Kampf um die 35-Stunden-Woche ins Stocken geraten ist... Hier muß Aufklärungsarbeit in den Betrieben im Rahmen einer betriebsverfassungsrechtlich erzwingbaren Personalplanung geleistet werden.

Denn: Nur eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf eine rechnerische gesamtwirtschaftliche 30-Stunden-Woche ist nach unserer Überzeugung einer der entscheidenden Schlüssel für die Perspektive einer Vollbeschäftigung – wenn nicht sogar der Wichtigste. Wir erklären uns deshalb bereit, eine gesellschaftliche Kampagne dazu tatkräftig zu unterstützen und zu begleiten.

H.-J. BONTRUP und M. MASSARRAT
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Gebührenmodell in Panketal

Panketal (bbp). Der Einwohnerantrag für eine Einführung des Gebührenmodells bei der Finanzierung von Investitionen im Trinkwasserbereich war erfolgreich. Bei einigen Enthaltungen stimmten zwölf Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter dafür und zehn dagegen. Knapp 5.000 gültige Unterschriften hatten den Einwohnerantrag unterstützt. Das sind rund 28 % der Wahlberechtigten in Panketal.

Ohne Frühstück in die Kita

Eberswalde (bbp). Im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport wurde im März informiert, daß derzeit etwa 30 Kinder der Kindertagesstätte »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel ohne vorheriges Frühstück in die Kita kommen. Hans Pieper (Fraktion DIE LINKE) regte daher an, analog der Grundschule »Schwärzensee«, die Einführung eines Projekts zur Frühstücksspeisung der Kinder in den Kitas »Arche Noah« und »Gestiefelter Kater« zu prüfen und gegebenenfalls eine entsprechende Beschlüßvorlage einzubringen. Bürgermeister Boginski versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen. Er werde veranlassen, daß mit den Eltern der betroffenen Kindern Gespräche geführt werden, in denen auf die Wichtigkeit eines Frühstücks hingewiesen und nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird.

»Ilmenauer Signal« im Netz

Unter www.zubila.de/ilmenauer-signal.html findet man das »Ilmenauer Signal«, das Ergebnis des Netzkongresses von unten vom 1. Dezember 2012 jetzt auch online. Anita Schwaier hat in einer sehr aufwendigen Arbeit zusammengestellt, was für eine Energiewende von unten erforderlich ist. Alle Forderungen werden in einem eigenen Abschnitt erläutert.

HARTMUT LINDNER

Kinder- und Jugendfestival

Eberswalde (bbp). Am 25. und 26. Mai, dem letzten Wochenende im Mai, findet auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel das Finale des Barnimer Kinder- und Jugendfestivals 2013 statt. An dem Finale nehmen junge Künstler aus den Bereichen Tanz, Gesang, Instrumentalspiel, Theater und gemischte Programme teil. Sie kommen hauptsächlich aus Eberswalde und Umgebung, aber auch aus Ahrensfelde, Oranienburg, Erkner und eventuell aus Berlin und anderen Städten. Das Kinder- und Jugendfestival ermöglicht, auch junge Künstler mit ihrem Repertoire aus anderen Orten kennenzulernen. Ähnliche Finalveranstaltungen gibt es auch in Märkisch Oderland und in Berlin, zu denen dann auch Künstler und Gruppen aus Eberswalde dabei sein werden. Beginn ist jeweils um 12 Uhr. Der erste Finaltag endet gegen 18 Uhr. Am Sonntag geht es weiter, bis gegen 17 Uhr auf dem Potsdamer Platz zum großen Final-Halali geblasen wird.

Schon wieder ein neuer Parkplatz

Im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung des Grundstückes in der Michaelisstraße neben dem Spielplatz an der Mikadobrücke wird der Rahmenplan für das Sanierungsgebiet geändert werden.

Das haben die Eberswalder Stadtverordneten am 25. April mehrheitlich beschlossen. Nötig sei das, weil der »private Investor« sonst keinen Platz für erforderliche Stellplätze hätte. Einen ähnlichen Fall gab es vor einigen Jahren. Damals ging es um die Gestaltungssatzung, die zugunsten des »privaten Investors« des heutigen »Palmenhofs« verändert werden mußte.

Rahmenpläne geben – daher der Name – den Rahmen für nachfolgende Einzelpläne vor. In beiden Fällen jedoch wurden die Rahmenpläne den Erfordernissen der Einzelpläne angepaßt. Ein Verfahren, das den Sinn und Zweck von Rahmenplänen auf den Kopf stellt. In beiden Fällen handelt es sich zudem bei dem »privaten Investor« um die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft. Die Stadtverordneten ändern also nach Belieben Rahmenpläne, um der eigenen Tochtergesellschaft Vorteile zu verschaffen. Ob Investoren, die tatsächlich privat wirtschaften, auch soviel Einfluß auf die städtische Planung nehmen könnten? Davon abgesehen, stellt so ein Umgang mit Rahmenplänen diese generell infrage.

Wenn der ursprüngliche Rahmenplan nicht mehr den heutigen Erfordernissen entspricht, wäre eine generelle Überarbeitung angebracht. Die in den 90er Jahren für das Sanierungsgebiet festgeschriebene Wiederherstellung mittelalterlicher Bebauungsstrukturen als das Ideal des alten Eberswalder Bildungsbürgertums sollte generell auf den Prüfstand.

Wenn nun auf die »Lückenschließung« auf dem Grundstück am Weinberggraben, das nun Stellplatzanlage werden soll, verzichtet wird, ist das zu begrüßen. Allerdings sollte auch auf den Bau des Parkplatzes verzichtet werden. Es handelt sich um eine der wenigen Restflächen mit großen Bäumen im Stadtzentrum. Der gewachsene Baumbestand auf dieser Fläche sollte



vollständig erhalten bleiben. Er stützt den Charakter des Weinberggrabens als grünes Band. Dieser Grünzug sollte perspektivisch in Verlängerung des Schwärzeübergangs der Mikadobrücke als zusätzliche und alternative Fußwegverbindung zwischen Stadtzentrum und Bürgerbildungszentrum gestaltet werden.

Einen Mangel an Stellplätzen scheint es ohnehin in der Eberswalder Innenstadt nicht mehr zu geben. Gerade im Bereich der Michaelisstraße reiht sich ein Parkplatz an den anderen, ergänzt durch mehrere Parkhäuser im Umkreis von 250 Metern. Folgerichtig wurde auch schon über die Abschaffung oder Änderung der Stellplatzsatzung diskutiert. Der Neubau von Stellplätzen erscheint demnach als völlig überflüssig. Der Bedarf des neuen Wohn- und Geschäftshauses kann leicht durch Nutzung der benachbarten Parkplätze gedeckt werden. Da sollte doch eine Vereinbarung möglich sein.

Der Rahmenplan ist nun geändert. Der Investor kann die gebotenen Möglichkeiten nutzen, muß das aber nicht. Eine Chance für die Bäume gibt es also noch.

GERD MARKMANN

Pläne für den Luisenplatz

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 19. April gab es auf dem Luisenplatz eine Vor-Ort-Diskussion mit den Anwohnern. »Es geht darum, den Stadtplatzcharakter des Luisenplatzes zu erhalten und Aufenthaltsqualität für Jung und Alt zu schaffen«, umriß Clemens Klikar, der bereits 2012 eine Ideenwerkstatt mit den Anwohnern geleitet hatte, das Ziel für den neuen Luisenplatz. Landschaftsplaner Günther Schiemann hat die damals vorgetragenen Vorstellungen in seinen Entwurf eingearbeitet. Zu einzelnen Spielgeräten und Sitzelementen schlug Schiemann den Anwohnern nun verschiedene Varianten vor.

Die bestehende Tischtennisplatte soll erhalten werden und zusammen mit einer an Kettenhängenden Sitzrunde Raum für Jugendliche bieten. Auch die haushohe Eiche und ein Ge-

denkstein bleiben erhalten. Neue Bänke mit Arm- und Rückenlehnen sowie eine Liegewiese sollen künftig zur Entspannung einladen. Die Wege sollen den Bedürfnissen vor Ort angepaßt werden, der Spielplatz mit Kletterturm wird von der Straße in eine ruhige Ecke gesetzt und erhält neue Spielelemente.

»Eine Prüfung der Holzspielgeräte ergab, daß wir diese in zwei Jahren ohnehin hätten austauschen müssen. Daher ist es sinnvoll, gleich neu zu bauen«, erklärt Bauamtsleiterin Heike Köhler den Kostenanstieg von 170.000 auf 250.000 Euro. Voraussichtlich werden die Pläne für den neuen Luisenplatz am 11. Juni dem Bauausschuss zur Abstimmung vorgelegt. Nach Ausschreibung und Auftragsvergabe rechnet Köhler dann mit einem Baubeginn im Oktober.

Beanstandung abgelehnt

Eberswalde (bbp). Die Erwartungshaltung war nicht hoch, sagt Albrecht Triller, daß seine Forderung an Bürgermeister Friedhelm Boginski, den Beschluß zum Vergleich mit den Technischen Werken Eberswalde (TWE) zu beanstanden (BBP 4/2013), tatsächlich realisiert würde. Der Stadtverordnete vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hatte moniert, daß die nichtöffentliche Behandlung der Beschlußvorlage rechtswidrig gewesen sei. Die Notwendigkeit einer nichtöffentlichen Behandlung sei nicht bewiesen, sondern einfach mit Mehrheit beschlossen worden. Das sei ein Verstoß gegen § 36 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (Öffentlichkeit der Sitzungen) gewesen.

Der Bürgermeister beauftragte seinen Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff mit der Bearbeitung. Sowohl die Beteiligungsverwaltung, als auch das Rechtsamt gehört zu dessen Ressort. »Ich habe die Sach- und Rechtslage mit meinen Mitarbeitern geprüft sowie Rücksprache mit der Kommunalaufsicht gehalten«, schreibt Gatzlaff. Die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung begründet er damit, daß damit zu rechnen war, »daß die politische Diskussion über die Vergleichszahlung untrennbar mit der Schadenersatzforderung diskutiert und prozestaktische Überlegungen angestellt würden, die bei öffentlicher Diskussion die Rechtsposition der Stadt vor Gericht schwächen könnten. Außerdem waren in der Diskussion auch Erörterungen zur Vermögenslage

von Herrn Schulz (dem 2006 abgewählten Bürgermeister der Stadt Eberswalde – bbp) und damit die Aussicht auf Prozeßerfolg zu erwarten. Solche Diskussionen sind immer nichtöffentlich zu führen. Eine Veröffentlichung des Beschlußtextes würde ein gleiches Ergebnis zur Folge haben. Im Übrigen würden öffentliche Diskussionen über die Beweisfähigkeit des Schadens zwischen TWE und Stadt sowie die Strittigkeit von Verjährungsfristen zu einem Ansehensverlust für beide in der Öffentlichkeit führen.« Darauf habe Gatzlaff den Bürgermeister bereits bei der Beschlußvorlage aufmerksam gemacht. Daher komme eine Beanstandung des Beschlusses nicht in Betracht.

Albrecht Triller sieht das Kernproblem darin, »daß die Verwaltung alle nur denkbaren Gründe zusammensucht, um die Nichtöffentlichkeit zu rechtfertigen. Dagegen wird die Pflicht zur Öffentlichkeit der Verwaltung nicht gesehen und deren Bedeutung gleich Null gesetzt.« In einem derart praktizierten Abwägungsprozeß habe Öffentlichkeit keine Chance. »Pflichtgemäß müßte der Vorrang der Öffentlichkeit akzeptiert und alles versucht werden, um die Öffentlichkeit der Sitzung zu ermöglichen«, so Triller weiter.

Die angeführten Aspekte für die Nichtöffentlichkeit ließen leicht sich ausräumen, indem eine Diskussion über diese Aspekte in öffentlicher Sitzung durch entsprechende Hinweise und Versammlungsführung unterbunden wird. »Wo ein Wille ist, wäre auch ein Weg. Aber der Wille fehlt.«

Direkte Demokratie im Landkreis Barnim:

Zweites Panketaler Bürgerbegehren vor Erfolg

Panketal (bbp). Auch das zweite Bürgerbegehren in Panketal scheint erfolgreich auszugehen. Die Bürgerinitiative »Pro dritte Grundschule Panketal« zählte schon Mitte April, eine Woche vor Begehrensschluß, rund 2.100 Unterschriften. Das notwendige Quorum liegt bei 1690 Unterschriften und es waren noch eine ganze Reihe Listen im Umlauf.

Das Begehren wendet sich gegen den Beschluß der Gemeindevertretung, statt der er-

forderlichen – und bereits geplanten – dritten Grundschule, nur einen Erweiterungsbau zu errichten. Die dritte Grundschule löst die prekäre Panketaler Raumsituation deutlich besser und besticht für den Fall zurückgehender Schülerzahlen durch besonders vielfältige Nachnutzungsmöglichkeiten.

Ende April (nach Redaktionsschluß) sollten die Unterschriftenlisten der Panketaler Wahlleiterin übergeben werden.

Durchmarsch auf dem Landesparteitag

Gregor Beyer und Martin Hoeck vertreten Barnimer Liberale im FDP-Landesvorstand

Anfang April fand in Falkenberg/Elster der 23. ordentliche Parteitag der FDP Brandenburg statt. Aus den Reihen des Eberswalder FDP-Ortsverbandes nahmen neun Delegierte daran teil.

Gregor Beyer, Landtagsabgeordneter aus Eberswalde, stellte sich der Wiederwahl als Landesvorsitzender und wurde mit einem guten Ergebnis von 72% der Delegiertenstimmen für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. In einer spannenden Wahl wurde auch der Eberswalder FDP-Ortsvorsitzende und Bundestags-

kandidat Martin Hoeck als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt.

Damit werden die Barnimer Liberalen in Zukunft durch zwei Mitglieder im Vorstand der FDP Brandenburg vertreten sein. Gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden Götz Trieloff sind die Liberalen vor Ort damit sehr gut für die bevorstehenden Wahlen auf allen Ebenen aufgestellt, um für eine freiheitliche Politik für die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg zu kämpfen.

MARTIN HOECK

Schulden bis 2026

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am 25. April mit einer Mehrheit von 16 Stimmen aus den Fraktionen FDP/Bürgerfraktion, DIE LINKE, CDU und Freie Wähler in namentlicher Abstimmung die Vorab-Umschuldung von vier Krediten, deren Zinsbindung 2014 bzw. 2016 ausläuft. Die drei Stadtverordneten der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler sowie Ringo Wrase von der SPD-Fraktion stimmten gegen die vorgezogene Umschuldung. Die übrigen SPD-Abgeordneten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Monique Schostan (CDU), Günter Schumacher (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) und Dr. Hans Mai (fraktionslos) enthielten sich der Stimme. Zuvor war der Antrag von Dr. Mai, der über die Kredite getrennt abstimmen wollte, mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden. Dr. Mai sprach sich dafür aus, die 2014 fälligen Kredite schon jetzt umzuschulden, eine Entscheidung zu den 2016er Krediten aber erst später zu fällen.

Mit dem Beschluß erhielt die Stadtverwaltung grünes Licht, die vier Kredite der Stadt Eberswalde in einem Gesamtvolumen von ca. 4,5 Millionen Euro schon jetzt mittels Forwarddarlehen oder Forward-Swap umzuschulden. Dahinter verbirgt sich die Absicht, das aktuelle Zinsniveau zum Preis eines Aufschlags für neu aufzunehmende Darlehen zu sichern und schon jetzt die Schulden bis in die Jahre 2024 bzw. 2026 zu strecken.

»Die Stadtverwaltung spekuliert auf ein steigendes Zinsniveau in den kommenden Jahren«, meinte Gerd Markmann (Die Linke/Allianz freier Wähler). »Aus meiner Sicht fehlen dafür alle ökonomischen Voraussetzungen. Wir haben vielmehr sehr wahrscheinlich eine lange Niedrigzinsphase vor uns, ähnlich dem, was in Japan seit 1990 Realität ist. Neben allgemeinen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten spielt hier auch die demographische Entwicklung in den USA und in Europa eine wichtige Rolle. Beide Faktoren wirken gegen die Inflationsgefahren, die aus einer andauernden Niedrigzinspolitik resultieren.«

Zugleich halte er es für falsch, sich schon jetzt darauf festlegen, die Schulden der Stadt auf ein weiteres Jahrzehnt zu strecken. Zumal am Ende der Frist nur die Hälfte davon getilgt ist, das Spielchen also offenbar auf ein weiteres Jahrzehnt ausgedehnt werden soll. Schulden machen Sinn, wenn das aufgenommene Geld gewinnbringend investiert wird. Bloße Konsumkredite hingegen wirken einfach nur belastend. Noch verfüge die Stadt Eberswalde über Rücklagen, die es möglich machen, die 2014 bzw. 2016 fällig werdenden Kredite zu bezahlen. »Das belastet sicherlich unmittelbar die Liquidität, die nicht für den Konsum zur Verfügung steht, bringt aber für die Zukunft mehr Gestaltungsspielraum.« Dabei geht es immerhin um jährlich 135.000 Euro Zinsen und 225.000 Euro Tilgung – zusammen rund 360.000 Euro, die nicht aufgebracht werden müßten.

Offener Brief an Landtag:

Gebühren statt Beiträge

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wie Sie wissen, gibt es im Land Brandenburg seit Jahren eine Auseinandersetzung zur Erhebung von Beiträgen für Wasser und Abwasser nach Fläche und möglicher Geschößzahl von einem Teil der Bürger – zusätzlich zu ihren Gebühren.

Dabei handelt es sich zum Teil um sehr erhebliche Beiträge. Diese können vor allem von jungen Familien und älteren Bürgern nicht aufgebracht werden, ohne sich zu verschulden oder das Grundstück aufzugeben.

Deshalb wurden landesweit verschiedene Bürgerinitiativen gegründet, die die Bürger bei der Wahrnehmung ihrer Interessen unterstützen. Wir sind eine Bürgerinitiative im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) »Panke/Finow« im Landkreis Barnim. Entsprechend den wiederholten Hinweisen des Ministerium des Innern auf eine reine Gebührenfinanzierung treten wir für diese sozialverträgliche, ökonomisch und ökologisch begründete und somit zukunftstaugliche Kostendeckung für Wasser und Abwasser ein; das heißt - für die in einigen Orten wie z.B. Potsdam selbstverständliche Zahlung je nach Wasserverbrauch.

Nunmehr hat das Bundesverfassungsgericht der Erhebung von Beiträgen durch kommunale Aufgabenträger zeitliche Grenzen gesetzt.

Wir begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als einen wesentlichen Schritt im Sinne von Planungsmöglichkeit und Verlässlichkeit für die Bürger.

Wir erwarten, daß die von den Bürgern gewählten Abgeordneten des Landtages Brandenburg entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Interesse der Bürger handeln und damit dem von der Verfassung zugesicherten Vertrauensschutz Rechnung tragen.

Wir bitten Sie deshalb, Ihre persönliche Haltung zu diesem Thema zu überdenken und sich bei einer namentlichen Abstimmung im Interesse der unmittelbar und mittelbar betroffenen Bürger Brandenburgs zu entscheiden.

Für einen Meinungsaustausch stehen wir Ihnen vor der Abstimmung einer solchen Gesetzesänderung gern zur Verfügung.

CHRISTEL SIMON und DORA DUHN,
Bürgerinitiative Wasser-Abwasser
im Gebiet des WAV »Panke/Finow«

Gefährliche Nullen

Die Bundesregierung plant 1,2 Milliarden Euro ein, die zur Beschaffung von fünf unbemannten Flugzeugen für die Bundeswehr verwendet werden sollen. Bei diesen Milliardensummen kann einem schnell der Überblick verloren gehen, wie viele Nullen zur Darstellung dieser Zahlen benötigt werden.

Aber eins ist klar: Nämlich, daß wir von GEFÄHRLICHEN Nullen regiert werden.

ELISABETH MONSIEG

Ein Leitbild für die ganze Stadt

In der Stadtverwaltung und den politischen Gremien der Stadt Eberswalde wird derzeit über ein neues Leitbild diskutiert. Ein erster Höhepunkt der Diskussion war die Veranstaltung »Übermorgen Eberswalde« anlässlich des 20jährigen Jubiläums der Stadtsanierung – eine Ideenwerkstatt mit Theater und offenem Mikrophon. »Wie wünsche ich mir Eberswalde im Jahr 2030?« wurde gefragt und u.a. Slogans wie »Bandstadt adé«, diskutiert. Am 17. April 2013 gab es nun einen Workshop »Eberswalde 2030«, zu dem die Verwaltungsspitze die Stadtverordneten und Ortsvorsteher eingeladen hatte.

Das derzeit gültige Leitbild von 1997 wurde 2007 fortgeschrieben und beschreibt das Jahr 2020 als Zielpunkt. Mit dem neuen Leitbild soll nun zehn Jahre weiter gedacht werden. So ein Leitbild beschreibt einen angestrebten Zustand. Konkret geht es also darum: Wie soll Eberswalde im Jahr 2030 in den einzelnen Teilbereichen aussehen? Wie können aktuelle und künftige Probleme gelöst werden? In welche Richtung soll die Entwicklung gehen?

Das Leitbild wird Grundlage für alle städtischen Planungen in den nächsten 17 Jahren sein. Daher ist es wichtig, die Ziele möglichst exakt zu formulieren – und zu verstehen, was damit gemeint ist.

Zum Thema »Stadt und Stadtteile« hieß es im 1997er Leitbild noch: »Die Bandstadt Eberswalde weist eine vielseitige Struktur mit mehreren Stadtteilen auf.« Das Brandenburgische Viertel wurde als einer der drei großen Stadtteile namentlich aufgeführt. Dem Viertel wurde sogar als »besonderer Entwicklungsschwerpunkt« benannt. 2007 bestimmte dann die vorrangige Entwicklung des Stadtzentrums das Leitbild. Und im aktuellen Entwurf steht: »Wir wollen die Balance zwischen dem Stadtzentrum sowie den Stadt- und Ortsteilen weiterentwickeln.«

Was bedeutet das für die Ortsteile? Die Formulierung läßt alles offen, was die Baudezernentin Anne Fellner in Ordnung findet. Da bleibe man flexibel. Man kann es aber auch anders ausdrücken: Die Verwaltung kann dann machen, was sie will.

Fred Sponner (Fraktion DIE LINKE) geht davon aus, »die Balance« werde sich so entwickeln, daß das Brandenburgische Viertel im Jahr 2030 nicht mehr existieren werde. Lediglich der Osterweiterung aus den 90er Jahren

gibt er noch eine Chance. Selbstredend gab es darauf von den beiden anwesenden Stadtverordneten aus dem wegprognostizierten Viertel, dem Ortsvorsteher Carsten Zinn und mir (beide Die Linke/Allianz freier Wähler), energischen Widerspruch. Während der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Wolfgang Sachse, zugleich Ortsvorsteher in Nord- und Westend, die Aussage seines Fraktionskollegen unwidersprochen ließ, versicherte später der Vorsitzende des Stadtverbandes der Linkspartei Torsten Duckert, daß Sponners Auffassung weder im Stadtverband noch in der Fraktion diskutiert worden sei. Zumal es im 2008er Kommunalwahlprogramm heißt: »DIE LINKE setzt sich ... für den Erhalt der Stadtteilzentren ein.«

Dennoch: Fred Sponner sprach nur offen aus, was so mancher Eberswalder denkt, was sich im Slogan »Bandstadt adé« spiegelt und was im vergangenen Jahrzehnt auch von der Stadtpolitik vielfach praktiziert wurde. Die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule im Jahr 2006 war ein Negativpunkt dieser Politik.

Aus der Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner des Brandenburgischen Viertels gehört in das Leitbild die klare Aussage, daß das Viertel als bedeutender Ortsteil Eberswaldes erhalten bleibt. Zentrum und Peripherie sind aufeinander angewiesen und bilden eine Einheit. Jeder Stadt- und Ortsteil hat eine eigenständige Funktion für die Gesamtstadt, die zu entwickeln ist. Dazu gehört, daß die Stadtverwaltung auch in jedem der größeren Ortsteile präsent ist. Die Entwicklung einzelner Teile der Stadt zu Lasten anderer schadet letztlich der Gesamtstadt. Die Stärke der Gesamtstadt resultiert aus der Stärke der Ortsteile.

GERD MARKMANN

Familienlandausflug auf den Ökohof in Brodowin

Bei herrlichem Sonnenschein machten sich am 20. April zehn Familien aus dem Eltern-Kind-Zentrum der Evangelischen Kirchengemeinde Finow zur Exkursion nach Brodowin auf. Der Wunsch kam bereits voriges Jahr bei den Familien auf, als wir den Oberhavel-Bauernmarkt besuchten. In Kooperation mit dem Projekt »Frühstück vor der Schule«, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Stadt Eberswalde war das ein sehr lehrreicher Ausflug. Die Stadt Eberswalde ließ einen mobilen Pizzaofen und Zutaten vor Ort anrollen. Jeder konnte sich mal eine Pizza selbst nach Herzenswunsch zubereiten und stellte den Unterschied zur Tiefkühlpizza schnell fest. Bei der Hofführung bekamen wir viele interessante In-

formationen zur Ziegenhaltung und konnten unzählig viele Zicklein beobachten und auch anfassen. Landwirtschaft aus der Nähe, Kälber und Kühe, Fragen nach der Milch für die Tierkinder, alles wurde beantwortet. Eltern und Kinder hatten jede Menge Spaß dabei und finden vielleicht auch einmal die Möglichkeit selbstständig diesen wunderschönen Ort aufzusuchen. Allen MitorganisatorInnen sei herzlich gedankt. Dieser Ausflug wurde durch zahlreiche Sponsoren für das »Frühstück vor der Schule« an der Grundschule Schwärzensee unterstützt. Die BBG fuhr uns direkt vom Potsdamer Platz bis nach Brodowin zum regulären Schülerpreis, auch dafür ein Dankeschön.

JENNY WÖRPEL

Frühjahrsputz in Eberswalde

In ganz Eberswalde schnappten sich am 13. April engagierte Menschen Harke, Besen und Mülltüte, um den lange vom Schnee verborgenen Winterdreck wegzuharken, aufzuheben und aufzusammeln. Die Älteren kennen sowas noch als »Subbotnik«. Die städtische Baudezernentin Anne Fellner erfand einen neuen Namen. Sie feminisierte kurzerhand den Ortsnamen Eberswalde und machte Sau(bers)walde daraus. Aus mehreren Ortsteilen erreichten uns Berichte von den Aktionen für ein sauberes Eberswalde.

Finow

Ein Dutzend Mitglieder des SPD-Ortsvereins (OV) Finow, unter ihnen die drei Finower SPD-Fraktionsmitglieder, trafen sich ab 9 Uhr auf dem Hof der evangelischen Kirche in der Eberswalder Straße mit zwanzig Mitgliedern der Kirchengemeinde, fünf Einwohnern aus Finow und einem aus Westend. Auch ein Bürger aus dem Brandenburgischen Viertel war dabei, der meinem Aufruf bei Facebook gefolgt war.

Die Mitglieder des OV entfernten erst auf dem Spielplatz in der Bahnhofstraße Papier und anderen Unrat und fegten dann alle Wege sowie den Fußballplatz. Zeitgleich machten einige einen Rundgang um den Schwanenteich und sammelten den dort umherliegenden Müll ein. Im Vergleich zu vorigem Jahr waren es sehr viel weniger Flaschen.

Ab 10.15 Uhr trafen alle auf dem Kirchhof ein und unterstützten die Kirchengemeinde. Gemeinsam wurden die Wege vom Laub befreit. Zwischen den Sträuchern wurde geharkt und



Da es um 12 Uhr zum gemeinsamen Mittagessen in der Küsterei gehen sollte, aber nicht alle der 37 Teilnehmer mitessen bzw. nicht auf das Foto wollten, trafen sich zum Fototermin an der Rückseite der Finower Kirche nur noch die Personen auf dem Bild. Ganz links im Bild Pfarrer Appel und zwei Mitarbeiter des Bauhofs die die Laubberge abholten.

einiges Unkraut entfernt. Am Kirchhang wurde der alte Zaun entfernt, alte verrostete Zaunpfähle ausgegraben, Totholz und anderes mehr für die Windschutzhecke verwendet und ein paar morsche Bäume ausgegraben.

Der Frühjahrsputz in Finow klang aus mit einem gemeinsamen Essen in der Küsterei. Frau Appel reichte allen Essern eine selbstgemachte Suppe. Die Bockwürste und Brötchen spendierte die Stadt. Das Baguette und die Getränke (Wasser und Bier) wurden aus der Kasse des SPD-OV Finow bezahlt. Der OV Finow beteiligt sich seit 2010 mit der Kirchengemeinde am Frühjahrsputz.

Nach 13 Uhr verließen alle mehr oder weniger erschöpft und schmutzig den Kirchhof.

RINGO WRASE

Brandenburgisches Viertel

Fast 150 Menschen beteiligten sich am 13. April anlässlich des Frühjahrsputzes im Brandenburgischen Viertel. Den vielen Fleißigen, die im Ortsteil tüchtig Hand anlegten, gilt mein Dank und mein Respekt. Beispielhaft seien die Studentinnen und Studenten vom Wohnheim und vom ALNUS-Garten in der Beeskower Straße, der Kontakt e.V., die Kinder, Jugendlichen und Jungebliebenen vom Club am Wald in der Senftenberger Straße aber auch die BewohnerInnen der Choriner und der Schorfheidestraße genannt. Sie alle zeigten eindrucksvoll, wie wichtig ihnen ein sauberer, lebens- und liebenswerter Kiez ist. Ganz herzlich möchte ich mich bei den Verantwortlichen der Wohnungsunternehmen WHG, WBG, AWO und TAG Immobilien AG einschließlich ihren Leitungs-, Hausbetreuer- und Technikerteams bedanken sowie bei den Teams der Großküche der Arbeiterwohlfahrt



in der Beeskower Straße 1, des Bauhofs der Stadtverwaltung und der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft. Dank gilt ebenfalls den VertreterInnen der lokalen und regionalen Medien einschließlich der ehrenamtlichen Redaktion der unabhängigen Kiezzeitung »Maxe«, die den Frühjahrsputz im Vorfeld und während der Aktionen mit Bild, Ton und Text mobilisierend und unterstützend begleitet haben.

Ortsvorsteher CARSTEN ZINN

Clara-Zetkin-Siedlung



Dieser Laubberg wurde in der Clara-Zetkin-Siedlung zusammengetragen. Nach Auskunft des ehemaligen Stadtverordnetenvorstehers Rainer Kriewald trafen sich um 9 Uhr fünfzehn Siedler und reinigten das Umfeld der Freiwilligen Feuerwehr des Spielplatzes in der Siedlung. Neben Rainer Kriewald war noch ein zweiter Genosse des SPD Ortsverein Finow unter den 15 Personen.

RINGO WRASE

Finowfurt Nazifrei:

Den Nazis den Stecker ziehen!

Am 18. Mai soll in Finowfurt (Gemeinde Schorfheide) ein Rechtsrockkonzert stattfinden, bei dem 1.500 Neonazis erwartet werden. Wir wollen dem etwas entgegensetzen. Als Bündnis aus antifaschistischen Initiativen, Parteien, Vereinen und Gewerkschaften wollen wir am 18. Mai in Finowfurt auf die Straße gehen.

Finowfurt hat ein Naziproblem. Seit mittlerweile sechs Jahren dient das Grundstück der Familie Mann in Finowfurt als Veranstaltungsort für Rechtsrockkonzerte sowie für Festveranstaltungen wie das DVU- und NPD-Sommerfest, den NPD-»Preußentag« und zuletzt für ein Konzert für die Partei »Die Rechte« Brandenburg. Das Gelände ist seit Jahren zum wich-

tigsten Ort für die rechte Szene in Berlin und Brandenburg geworden. Es bedarf endlich eines deutlichen Signals! Das Konzert mit zwölf angekündigten Bands übertrifft die bisher üblichen Veranstaltungen um Längen und nimmt eine Dimension an, die sonst nur von Großveranstaltungen wie dem »Deutsche Stimme Pressefest« oder dem »Rock für Deutschland« bekannt

ist. Um den Nazis den Stecker zu ziehen bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Gegenwehr, um dem braunen Spuk entgegenzutreten. Deshalb rufen wir, das Bündnis »Finowfurt Nazifrei«, für den 18. Mai ab 9 Uhr zu einer Gegen demonstration in Finowfurt auf!

Unser Ziel, das Konzert zu verhindern, eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns den Nazis in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, das Nazikonzert zu verhindern!

Wir wollen Feste feiern ohne Nazis!

Bündnis »Finowfurt Nazifrei«
(<http://finowfurtnazifrei.blogspot.de/auftritt/>)

Carlo Weber, der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, wird derzeit als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge für Winfriede Schreiber im Amt des Leiters der Verfassungsschutzabteilung im brandenburgischen Innenministerium gehandelt. Cordula Hallmann ist Referatsgruppenleiterin im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Die Wanderausstellung »richtet sich an politisch interessierte Menschen im Allgemeinen, insbesondere jedoch an Schüler und Jugendliche«, heißt es in der zugehörigen Broschüre. Ein fiktiver Aussteiger berichtet von seinem Weg in die rechtsextreme Szene und wieder heraus. Gespannt bin ich auf »eine nach zeitgemäßen didaktischen Kriterien gestaltete Ausstellung«.

Rechtsextreme Musik, Bandauftritte, Partys und Tonträger halten die Szene am Leben und schaffen Zugang für neue Leute. Eberswalde hat da ein dickes Problem direkt vor der Haustür und einen Naziladen in der Stadt, wie der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg dokumentiert:

Das Gelände in Finowfurt ist schon seit mehreren Jahren für rechtsextremistische Veranstaltungen bekannt. Auch 2012 wurde es entsprechend genutzt. Es gehört dem dort wohnenden Rechtsextremisten Klaus Mann. Mann war der letzte brandenburgische DVU-Landesvorsitzende und ist seit Januar 2013 Vorsitzender der Partei »Die Rechte« im Land Brandenburg. Zwei besonders hervorzuhebende Veranstaltungen waren ein Sommerfest am 23. Juni 2012 mit rund 250 Teilnehmern. Hierbei traten unter anderem die Bands »Kinder-

Besuch vom Verfassungsschutz

Großer Bahnhof am 8. April um 18 Uhr im Tourismuszentrum in Eberswalde. Aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung DIE BRAUNE FALLE – Eine rechtsextremistische »Karriere« des Bundesamtes für Verfassungsschutz hielten neben Carlo Weber und Cordula Hallmann unser Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Vorsitzende des städtischen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport Martin Hoeck Reden.

zimmerterroristen«, »Preussenstolz« und »12 Golden Years« auf. Das Abspielen strafrechtlich relevanter Musiktitel wurde nicht festgestellt. Am 6. Oktober 2012 fand der von der NPD ins Leben gerufene »3. Preußentag« mit rund 600 Besuchern statt. Hauptgrund für diese überraschend hohe Zahl waren die rechtsextremistischen Bands. Deshalb kamen die meisten Teilnehmer auch abends, die Reden am Nachmittag zogen weit weniger Publikum an. Daneben gab es kleinere interne Veranstaltungen, darunter ein Sportfest. (Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2012, Seite 86 und 87)

Das Konzert am 6.10.2012 u.a. mit einem geplanten Auftritt von »Frontfeuer« wurde aufgelöst. (ebenda, Seite 122)

Die Auftritte der Bands »Hausmannskost« und »Frontfeuer« am 4. August 2012 in Finowfurt (BAR) brachten den Mitgliedern der Band nicht nur Applaus vom Publikum, sondern jeweils Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein. Darüber hinaus beendete die Polizei die Veranstaltung vorzeitig. (ebd., S. 127)

Im August 2012 wurden die Geschäftsräume des »Nationalen Medienvertriebs« (NMV) in Eberswalde (BAR) durchsucht. [...] Anlaß für die polizeilichen Durchsuchungen waren

rechtsextremistische und volksverhetzende Tonträger, die im Sortiment geführt wurden. (ebenda, Seite 127)

Aktuelle Meldung: Am 3. April 2013 berichtet das Informationsportal Gegenrede, daß am 13. April das nächste Nazikonzert in Finowfurt stattfinden sollte. »Frontfeuer« aus Beeskow und »12 Golden Years« aus Thüringen sind angekündigt. Dazu noch »Ostfront« aus Berlin. Es mobilisiert die Kameradschaft Kommando Werwolf aus Frankfurt/Oder.

KAI JAHNS

Nachtrag und Berichtigung

Der Beitrag »Universität Eberswalde« (in BBP 4/2013) enthielt eine Ungenauigkeit. Darauf machte mich Dr. Ulrich Pofahl aufmerksam. Die Lehrtätigkeit in Eberswalde wurde nicht erst nach 1990 mit Gründung der Fachhochschule wieder aufgenommen. Vielmehr gab es in einer Außenstelle der Ingenieurschule Raben-Steinfeld in Eberswalde bereits ab 1988 eine Lehrtätigkeit für die Ausbildung zum Förster. Allerdings war 1990 wieder Schluß mit der Hochschulausbildung in Eberswalde. Es blieb eine kurze Episode.

JOHANNES MADEJA

Es ist normal, daß Dienstherren die Arbeit ihrer Angestellten in der Öffentlichkeit positiv darstellen. Das darf ein Untergebener von seinem Chef erwarten, selbst wenn es mit der Professionalität im täglichen Tun nicht ganz so weit her ist.

Der neue Pressesprecher strotzt vor Selbstbewußtsein. Da steht der Starjournalist und Afghanistanheld, der die weite Welt gesehen hat, beispielsweise den kleinen Schreiberlingen der miefigen Provinzpresse gegenüber, denen er gern mal honorige Hinweise gibt, was sie zu schreiben haben und was nicht. Auch Stadtverordnete und Ortsvorsteher hatten schon das Vergnügen, diese professionelle Arbeitsweise des Pressesprechers zu erleben. Zeigt sich jemand nicht gleich willfährig, wird auch ganz schnell mal mit dem Gericht gedroht.

So durfte es jüngst die ehrenamtliche Redaktion des Kiezmagazins für das Brandenburgische Viertel »Maxe« erleben. Es ging um eine Meldung im März-Maxe zur Entscheidung über den Förderantrag, den die Kiezzeitungs-AG »Maxe« im Rahmen des Förderprogramms »Soziale Stadt« gestellt hatte. Die Verwaltung in persona des Quartiersmanagements hatte dem Sprecherrat nur das konkurrierende Projekt zur Empfehlung vorgeschlagen. »Maxe« informierte daher: »Unser Förderantrag ... ist schon vor der Abstimmung im Sprecherrat von dem ver-

Wer Streit sucht, findet ihn

Der neue Pressesprecher der Stadt Eberswalde Harald Händel liefert eine professionelle Arbeit ab. Das bescheinigt ihm Bürgermeister Friedhelm Boginski.

antwortlichen Sachbearbeiter der Stadtverwaltung aussortiert worden«.

Diese Formulierung entspricht zwar den Tatsachen, mißfiel aber dem Pressesprecher der Stadtverwaltung. Er forderte eine Gegendarstellung, wobei er seine Professionalität zeigte. Das Fehlen der gesetzlich vorgeschriebenen Form ersetzte Herr Händel flugs durch die Drohung, »die Gegendarstellung auch gerichtlich durchzusetzen«.

Trotz der Formfehler wurde ihm der Abdruck der Gegendarstellung ausdrücklich zugesagt. Doch alle Bemühungen um Deeskalation blieben ungehört. Auch danach polterte der Pressesprecher weiter und schreckte sogar vor persönlicher Beleidigung nicht zurück. Der »Profijournalist« warf dem ehrenamtlich tätigen Amateurkollegen pauschal und unter Bezugnahme auf dessen frühere Arbeitsstelle mangelnde Sorgfalt in seiner journalistischen Arbeit vor. Ein Angriff auf die Berufsehre, auf die auch ein ehrenamtlicher Journalist Wert legt.

Es folgte eine schriftliche Beschwerde, die auch Händels Dienstvorgesetzten zur Kenntnis gegeben wurde. Eigentlich war an eine verwal-

tungsinterne Behandlung der Beschwerde gedacht. Doch die Verwaltungsspitze hängte die Sache in der Stadtverordnetenversammlung am 25. April an die große Glocke.

Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff pickte einen Satz aus dem Zusammenhang der Beschwerde und verwahrte sich aufgeregt dagegen, daß Verwaltungsmitarbeiter als Kriegsverbrecher bezeichnet würden, was gar nicht in der Beschwerde steht. Denn tatsächlich heißt es unter Bezugnahme auf eine frühere Arbeitsstelle des Pressesprechers: »Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie sich nicht mehr in Afghanistan befinden, wo Sie gegebenenfalls sogar ungestraft an Kriegsverbrechen mitwirken konnten«.

Die nicht ganz unwichtige Tatsache, daß es um eine Beschwerde wegen des ungebührlichen Auftretens eines Stadtangestellten ging, behielt der Verwaltungsdezernent für sich.

Inzwischen gibt es einen Brief an alle Stadtverordneten, in dem – um Irritationen zu vermeiden – der vollständige Inhalt der Beschwerde wiedergegeben wird. (Link: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-blog/>).

GERD MARKMANN

König Kunde und der kleine Unterschied

Rechnungen, Gebührenbescheide, Betriebskosten, Steuern. Alles will bezahlt sein. Alles wird teurer. Löhne, Gehälter und Renten steigen auch – manchmal – aber immer langsamer. Die Armut, nicht nur die Altersarmut, nimmt zu. Da kommt es vor, daß man eine Rechnung nicht gleich bezahlt, weil man sie entweder nicht bezahlen kann oder weil man es schlicht vergessen hat. Das ist ärgerlich, auch für diejenigen, die etwas geliefert oder geleistet haben und nun ihrem Geld hinterherrennen müssen.

Glücklicherweise ist das nicht die Regel, allerdings bei manchen auch nicht mehr Ausnahme. Viele haben es sich angewöhnt, grundsätzlich Abbuchungserlaubnis zu erteilen. Das ist bequem, aber manchmal auch gefährlich. Es gibt unter den Dienstleistern und Lieferanten nämlich »schwarze Schafe«. Die buchen ab, ohne etwas geleistet zu haben oder mehr, als ihnen zusteht. Von Telefongesellschaften ist das bekannt. Die haben ganz raffinierte Tricks! Oft wird das zu spät bemerkt und es gibt Ärger. Um diesen Ärger zu vermeiden, verzichten viele auf die Bequemlichkeit. Sie überweisen erst, wenn sie die Rechnung erhalten und geprüft haben – manchmal zu spät.

Wer nun, aus welchen Gründen auch immer, in Zahlungsverzug geraten ist, der stellt plötzlich fest, daß darauf in sehr unterschiedlicher Art und Weise reagiert wird. Da gibt es den Schornsteinfeger oder das Versandhaus oder den Handwerker, alles private Dienstleister. Sie schicken ihren Kunden erst einmal höflich eine Zahlungserinnerung. Man bekommt einen kleinen Schreck, entschuldigt sich, bezahlt und alles ist wieder im Lot. Doch es gibt auch andere, wie die Abfallwirtschaft, der Wasserversorger, die Gemeindeverwaltung, die Krankenkasse und nicht zuletzt das Finanzamt. Das sind alles Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gar Behörden, also Einrichtungen, die wir mit unseren Steuern bezahlen. Die nennen uns zwar auch Kunden, aber sie lassen uns spüren, daß wir für sie nur die kleinen Fuzzis sind, die gefälligst zu spüren haben. Da gibt es keine freundliche Zahlungserinnerung, sondern, in der Regel nach 14 Tagen, eine Mahnung. Damit sich die Mahnung auch rechnet, werden gleich Mahngebühren, Säumniszuschläge und bald auch Verzugszinsen berechnet. Auf den Betrag, der gefordert wird, kommt es dabei nicht an. Da werden auch 1,47 Euro angemahnt und es wird sofort mit Zwangsvollstreckung gedroht. Weitere Druckmittel sind die Kontensperierung, Kontenpfändung, die Eintragung einer Grundschuld und gar die Erzwingungshaft. Das alles ist in der Regel gesetzwidrig, aber wir dürfen ja klagen!

Ob die Forderung gerechtfertigt ist, darauf kommt es nicht an. Dem in der Regel rechtsunkundigen Schuldner wird mitgeteilt, daß der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat. Man soll zahlen. Wenn man nicht einverstanden ist, kann man ja klagen. Die meisten sind nicht in der Lage zu prüfen, ob sie wirklich zahlen müssen und zahlen lieber, »um keinen Ärger zu haben!«

Wer nicht widerspricht und nicht zahlt, der bekommt richtig Ärger, denn ein Bescheid –

auch ein rechtswidriger Bescheid – wird rechtskräftig, wenn man nicht widerspricht.

Besonders ärgerlich sind steigende Preise und Gebühren. Es ist die Regel, daß uns z.B. die Energieversorger über gestiegene Preise informieren und das, auch wenn es nur um 4% geht, ausführlich begründen. Wir können die Begründung akzeptieren und zahlen, wir können aber auch den Nachweis verlangen, um erst danach zu zahlen. Manchmal – etwa beim Gasversorger – war dieses Verfahren erfolgreich, einfach weil der Gasversorger den Nachweis nicht führen konnte oder eine gerichtliche Auseinandersetzung scheute. Manchmal gehen wir den Weg des geringeren Widerstandes und wechseln den Lieferanten, freilich ohne damit der sich weiter drehenden Preisspirale dauerhaft zu entgehen.

Aber auch hier gibt es Unterschiede. So hat kürzlich der Landkreis die Müllgebühren um satte 30% erhöht, bezogen auf die leistungsunabhängige sogenannte Pauschalgebühr gar um fast 50%. Eine Begründung dafür blieb der Landkreis jedoch seinen »Kunden« schuldig. Statt dessen beeilt er sich mitzuteilen, daß ein Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat. Bürger, du hast zu zahlen, und wenn du es nicht tust, dann vollstrecken wir.

So geht der Landrat mit seinen Kunden um! Der Kunde ist zwar – das weiß man ja – König, aber er, der Landrat, ist der Kaiser! Er hat es noch nicht einmal nötig, seinen Bescheid mit der Vollstreckungsandrohung zu unterschreiben. Weiß er nicht, daß so ein Bescheid gar nicht rechtswirksam ist? Natürlich weiß er das! Schließlich hat er uns einen Postbrief geschickt und es gibt keinen plausiblen Grund, den nicht zu unterschreiben, auch wenn er von einem Computer geschrieben wurde. Aber mit einer Unterschrift übernimmt er persönlich Verantwortung. Welcher Kaiser war jemals verantwortlich? Er versucht, sich um seine Unterschrift zu drücken und das klappt.

Außer dem Landrat hat König Kunde aber noch einen zweiten Kaiser zu ernähren – als Wasser»kunde«. Es handelt sich um den Zweckverbandsvorsteher. Auch der unterschreibt seine Bescheide nicht. Er hat es sich zur Gewohnheit gemacht, zunehmend für gar nicht erbrachte Leistungen zu kassieren. Das beginnt bei der Grubenausfuhr »nach Frischwassermaßstab«. Er fordert Gebühren nicht nur für die abgefahrene Menge Schmutzwasser sondern für die gesamte gezapfte Frischwassermenge, die er als sog. Abwasser berechnet.

In jüngerer Zeit versucht er, sich fällige Reparaturen an den Grundstücksanschlüssen von den Anschlußnehmern bezahlen zu lassen. Der

Das getaktete Jahr

Im Frühling scheint die Sonne. Und zu Ostern kommt der Osterhase. Worauf muß man im Garten achten? Jetzt kommt die Fahrradsaison! Die Medien, allen voran die Wochenblätter, versorgen uns täglich mit nützlichem oder auch weniger nützlichem Wissen rund ums Haus, den Garten, das Auto und die Gesundheit. Auch wenn draußen noch dicker Schnee liegt: In den Werbeprospekten wird der Garten gesprengt, man fährt Inline-Skating und das Blumenpflanzen ist offenbar angesagt. Wie kann das sein? Sind unsere Werbeprospekte blind für die Umwelt?

Nein! Das ganze Jahr ist aufgeteilt in ganz bestimmte Verkaufsaktionen. Da wird mit Wahrscheinlichkeiten gerechnet. Und wahrscheinlich verkaufen sich zu Ostern am besten Osterdekorationen. Das alles liegt mindestens ein Jahr im Voraus fest. Da kann man nicht auf das aktuelle Wetter achten. Fest eingeplant ist, daß Ende Februar Rasenmäher verkauft werden müssen und Mitte September Schneeschaukeln. Man kann doch wegen dem blöden Wetter nicht die Werbung ändern! Nächste Woche ist doch schon das Autozubehör dran, und die Woche darauf das Outdoor-Zelten. Das muß man doch alles an den Mann bzw. Frau bringen! Mit der Realität hat unsere schöne bunte Werbewelt, das sollten wir längst wissen, wenig zu tun. Höchstens mit Verführung.

Verführung zum Öffnen des Portemonnaies, ob man die Sachen nun braucht oder nicht. Ob man wirklich das Geld hat oder eigentlich nicht. Ob es nun nur minderwertiger Schund ist oder nicht, der da in den Wühlboxen liegt. Man fragt sich, was diese ganze nutzlose Hochglanz-Werbung kostet? Welche sozialen Nöte man damit bundesweit lindern könnte.

Aber Restriktionen sind verpönt. Das untergräbt die Freiheit! Lieber grillen wir bei minus 10 Grad unser Nackensteak im tiefverschneiten Garten, als daß wir über Sinn und Unsinn des Daseins nachdenken. Werbung muß keinen Sinn machen. Sie muß Kohle bringen!

JÜRGEN GRAMZOW

Anschlußnehmer wird genötigt, den Reparaturauftrag auszulösen und die Reparatur zu bezahlen, obwohl ihm die Leitung gar nicht gehört. Erst ab Wasseruhr ist es »seine« Leitung, ist er als Anschlußnehmer zuständig. Das wissen viele aber nicht. Wir bezahlen nämlich mit unserem »Wassergeld« Jahr für Jahr auch einen Betrag für Abschreibungen. Wenn z.B. nach 30 oder 50 Jahren eine Leitung defekt ist, dann ist aus den Abschreibungen genug Geld angespart, daß man sie reparieren oder erneuern kann. Dafür Geld zu fordern heißt doppelt kassieren und das ist rechts- und sittenwidrig. Aber gute Sitten und gutes Benehmen werden ja heute nicht mehr gelehrt – oder kennen Sie eine Schule mit so einem Unterrichtsfach? Im Ausland, etwa in Afrika oder in Asien ist das anders! Es lebe der (kleine) Unterschied!

JOHANNES MADEJA

Tag der Erneuerbaren Energie: Energieberatung

In Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl findet jährlich am letzten Aprilsonnabend der Tag der Erneuerbaren Energie statt. Auch in diesem Jahr gab es zahlreiche angeregte Gespräche mit interessierten Bürgern. Viele nutzen bereits Erneuerbare im eigenen Haus oder beziehen Ökostrom, andere wollen endlich wechseln. Es gibt aber auch noch grundsätzliche Skepsis oder Mißtrauen der Energiewende gegenüber.



Auf dem Eberswalder Marktplatz gab Wolfgram Hey von der Verbraucherzentrale wichtige Tips für den Strom- und Gasanbieterwechsel aber auch über die Förderung und die Effizienz von Wärmepumpen und Pelletheizungen. Energiesparkontor Barnim e.V. und Bündnis 90/Die Grünen informierten zu Hintergründen der Energiewende und steigender Strompreise und warben für einen Wechsel zu einem zertifizierten Ökostromanbieter. Wie man Solarstrom selbst nutzt und speichert, erfuhr man vom Solarsystemhaus mp-tec, das auch über die neue Förderung der Solarstrom-Speicherung ab dem 1. Mai informierte.

Der neue Betreiber des Holzpelletwerkes in Eberswalde, die IHeiz Pellets AG, bot am 27. April eine Werksführung an.

Der Tag der Erneuerbaren Energien findet bundesweit bereits zum 18. Mal statt. In Eberswalde gibt es seit inzwischen 13 Jahren Aktionen an diesem Tag.

THORSTEN KLEINTEICH

Seniorenbeirat tagt

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Seniorenbeirat trifft sich am 2. Mai, um 10 Uhr, im Pflegeheim »Villa Finow«, Webers Ablage 1. Das Gremium beschäftigt sich u.a. mit der Situation nach dem Verkauf des Pflegeheims durch den Landkreis Barnim an den privaten Pflegeheimbetreiber Burchard Führer. Die Führergruppe mit Sitz in Dessau hat bundesweit rund 2.500 Mitarbeiter. Der Schwerpunkt des Unternehmens liegt in Ostdeutschland.

2.700 Bäume gefährden den Verkehr

Eberswalde (bbp). Der Stadtforst Eberswalde ist für eine Wegstrecke von 120 Kilometern verkehrssicherungspflichtig. Dies betrifft Bereiche entlang von Straßen, Wohngebieten und anderen Bebauungen, Spielplätzen, Kindergärten, Schulen, öffentlich gewidmeten Wanderwegen, Parkplätzen und stark durch die Bevölkerung genutzte Waldgebiete.

Mit einem Gutachten der Firma Schneegans aus dem Jahr 2011/2012 wurde der Zustand der Verkehrssicherheit im Stadtwald erhoben. Das Gutachten wies ca. 1.700 Bäume aus, die aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden müssen. An weiteren 1.000 Bäumen, so wurde eingeschätzt, waren Pflegemaßnahmen, wie z.B. die Entnahme von Totholz, notwendig. Weitere Kontrollen seitens des Stadtförsters ergaben weitere nicht verkehrssichere Bäume.

Seit Juli 2012, als Stadtförster Mattes Krüger die Bewirtschaftung übernahm, laufen fast durchgängig Verkehrssicherungsarbeiten. Die Arbeiten laufen parallel zu den »normalen« Aufgaben des Stadtförsters, betont Krüger. Zum Teil werden diese Aufgaben durch eigene Mitarbeiter und in sehr schwierigen Fällen durch Fachfirmen erledigt. Die Verkehrssicherungsarbeiten werden sich laut Einschätzung des Stadtförsters voraussichtlich noch bis zum Jahr 2014 hinziehen. Später wird es Regelkontrollen geben. Pflegemaßnahmen und Fällungen werde es dann nur noch nach »Bedarf« geben.

Anlaß für die Informationen des Stadtförsters war eine Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler). Er hatte wegen Baumfällarbeiten im Bereich der Tramper Chaussee, die Ende April erfolgten, zur Stadtverordnetenversammlung am 25. April angefragt, warum die Fällarbeiten ausgerechnet in der Vogelbrutzeit erfolgen, obwohl die angeführten Fällgründe, wie das Alter und »schräger Wuchs« seit längerem bekannt gewesen sein dürften. Warum

wurde nicht die Zeit außerhalb der Vegetationsperiode genutzt oder zumindest mit den Fällarbeiten das Ende der Brutzeit abgewartet?

»Der Zustand ist seit dem Januar 2012 bekannt. Der Umfang der Gesamtmaßnahme Verkehrssicherung läßt ein Aussetzen innerhalb der Vegetationsperiode nicht zu. Die Gefährdungslage, Ausschreibungsfristen, die Verfügbarkeit von Fachfirmen und das Vorhandensein von Haushaltsmitteln zwingen zu einer kontinuierlichen Abarbeitung der Maßnahmen«, heißt es in der Antwort. »Die Gefährdung der Bäume für den Menschen ist derzeit so groß (Straßen, Bürgersteig, Spielplatz), daß die Gefährdungslage ein sofortiges Handeln trotz Brut- und Satzzeit unumgänglich macht. 1.700 (!!!) Bäume.« Die Stadt Eberswalde und der Stadtförster in persona könnten im Schadensfall haftbar gemacht werden und womöglich gar mit Anzeigen wegen Sachbeschädigung, fahrlässiger Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung rechnen müssen.

Selbst eine vorübergehende Unterbrechung der Fällungen während der Brutzeit ist nicht möglich. »Die Verkehrssicherung im Stadtwald Eberswalde ist eine sehr umfangreiche und kostenintensive Maßnahme, welche kontinuierlich über das gesamte Jahr fortgeführt wird. Ein Aussetzen in der Vegetationsperiode (März bis Oktober) ist nicht sinnvoll, da die Gefährdungslage akut ist, die Länge der Gesamtmaßnahme sich sonst mehr als vervierfachen würde, außerhalb der Vegetationsperiode die Fachfirmen schwerer zu bekommen sind, eigene Forstarbeiten nicht mehr ausgeführt werden könnten.«

Auf den verantwortlichen Umgang mit der Natur durch die Stadt Eberswalde angesprochen, heißt es in der Antwort: »Derzeit steht die Gesundheit der Menschen im Vordergrund, die Situation läßt keinen Handlungsspielraum.« Ansonsten sei Naturschutz ein wichtiger Bestandteil des Stadtförsters »und auf die Gesamtheit des Stadtwaldes bezogen, überall vorzufinden«.

380-kV-Freileitung

Baugrund-Untersuchungen an der Trasse

Eberswalde/Angermünde (bbp). Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« erhielt von Anliegern die Mitteilung, daß an verschiedenen Stellen im Raum Angermünde und Eberswalde Baugrunduntersuchungen vorgenommen wurden und werden.

Dafür seien auch Bäume gefällt worden. Eigentümer, auf deren Grundstücken Baugrunduntersuchungen für die Freileitungstrasse geplant sind, müssen vorher darüber informiert werden. Nach Informationen der BI scheint dies nicht immer der Fall gewesen zu sein.

Die Bürgerinitiative hatte schon vor längerem an 50 Hertz Transmission appelliert, über die geplanten Baugrunduntersuchungen auch die Ortsvorsteher zu informieren. Auf eine entsprechende Zusage wartet die BI heute noch.

»50 Hertz Transmission spricht gerne von Transparenz und Bürgerbeteiligung«, sagt Hartmut Lindner von der BI, »aber wenn es um konkrete Schritte geht, dann zeigt man sich doch sehr zugeknöpft.«



Die Bürgerinitiative bittet alle Trassenanwohner, Beobachtungen über Baumaßnahmen oder ähnliches an der geplanten Trasse der BI oder den Ortsvorsteherinnen bzw. -vorstehern mitzuteilen. »Ein Planfeststellungsbeschluß, also eine Baugenehmigung, ist bisher noch nicht ergangen und es ist auch ungewiß, ob und wann dies geschieht«, so Lindner. Die BI werde alle Aktivitäten an der Trasse auf ihre rechtliche Zulässigkeit prüfen lassen.

Die politisch Verantwortlichen am HoKaWe-Desaster:

Verantwortung jetzt übernehmen

Nach Einschätzung des Landeskompetenzzentrums Forst in Eberswalde wird im Barnim der langsam nachwachsende Rohstoff Holz immer knapper.

Es ist zu betonen, daß zu dieser Verknappung das Holzkraftwerk Eberswalde (HoKaWe) einen nicht unerheblichen Teil beiträgt und die Ressource Holz hinsichtlich der regionalen Verfügbarkeit in absehbarer Zeit an seine Grenzen stoßen wird. Denn das Werk hat einen unersättlichen Appetit, folglich werden die heimischen Wälder übernutzt und ausgebeutet. Seit dem Bau des HoKaWe weisen seine Kritiker unermüdlich darauf hin, daß es keineswegs nachhaltig arbeitet und warnen vor negativen ökologischen und ökonomischen Auswirkungen für die Region.

Doch nicht nur die großen Mengen an Holz, die das Werk verschlingt, stimmen bedenklich. Das HoKaWe verwendet wenig abgelagertes Frischholz mit einem hohen Wasseranteil. Um vor der Verbrennung die Feuchtigkeit zu entfernen, muß zunächst viel mehr Energie als bei gut abgelagerten Kaminholz hineingesteckt werden. Im Vergleich zu modernen Kaminspeicheröfen, die eine energetische Ausnutzung von mindestens 75 % haben, liegt die Effizienz des Holzkraftwerkes Eberswalde entsprechend auf dem Niveau einer frühindustriellen Dampfmaschine. Je nach Feuchtegehalt des Holzes weist es eine Energieausnutzung von nur 25 – 30 % auf. Welche große Mengen an Wasserdampf mit darin enthaltener Energie bei der Verbrennung freigesetzt und ungenutzt in die Atmosphäre verpuffen kann man eindrucksvoll zu Nachtzeiten am beleuchteten Kraftwerk sehen. Ganz übel ist aber, daß nicht nur bei der Durchforstung entstehendes Restholz für die thermische Verwertung verwendet wird, sondern nachgewiesenermaßen dicke Stämme an wertvollem Hartholz, u.a. Eiche, welches für eine stoffliche Verwertung (Möbelindustrie, Bauholz) bestimmt sein sollte.

Trotz erheblicher technologischer Bedenken wurde das HoKaWe vom Land Brandenburg unter dem Anschein ökologischer Nachhaltigkeit jahrelang mit billigem Holz subventioniert, eine »Schmutzkonkurrenz« etabliert und damit Marktverfälschung betrieben. Andere Holz-



Optisch erinnert es an die havarierten Reaktorblöcke in Fukushima: Das abgebrannte Kühlhaus des Holzkraftwerkes Eberswalde.

verwerter leiden darunter. Die Verfügbarkeit von Holz ging stetig zurück und sie konnten Holz nur zu höheren Preisen einkaufen.

Im letzten Jahr war dann glücklicherweise Schluß mit der Subventionierung von Billigholz. Trotz erheblicher finanzieller Unterstützung mit Steuergeldern hat es das Kraftwerk seit Inbetriebnahme jedoch nicht schaffen können, rentabel zu wirtschaften. Wie wir wissen ging es im letzten Jahr in die Insolvenz.

Jetzt ist es an der Zeit, Druck auf die Politiker auszuüben, die für das HoKaWe-Desaster verantwortlich sind. Sie alle haben das mißlungene Projekt HoKaWe angeschoben und von Anfang an tatkräftig unterstützt. Vom Barnimer Landrat Bodo Ihrke, dem Eberswalder Bürgermeister Boginski sowie dem ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Meckel erwarte ich nun die Einsicht sowie öffentliche Eingeständnisse, dass die Begründung des Holzkraftwerkes ein großer Fehler war. Weiterhin, daß sie zukünftig vom Weiterbetrieb des Werkes Abstand nehmen und von ihnen jede weitere Unterstützung für dieses mißlungene Projekt unterbleibt. Zudem ist ihnen abzuverlangen, daß sie alles dransetzen und in ihrer Macht stehende veranlassen, um das Werk so schnell wie möglich zu schließen. Es sollten nicht noch mehr Steuergelder durch den Schornstein gehen und Mittelstand, Eigenheimbesitzer sowie Umwelt und Natur geschädigt werden.

Dr. ANDREAS STEINER

Regional – dezentral – erneuerbar

Informationsveranstaltung »Energiegenossenschaften in Bürgerhand«

Die Energieversorgung der Zukunft wird dezentral sein. Dazu brauchen wir engagierte Bürgerinnen und Bürger, die den Klimaschutz vor Ort in die Hand nehmen. Sie investieren dezentral in erneuerbare Energien und setzen umweltgerechte Energieprojekte um. Das ist die Idee von Energiegenossenschaften. Jeder kann sich beteiligen – auch mit kleinen Beiträgen. Im Rahmen des EU-Projektes »EGON« zur Erschließung genossenschaftlich organisier-

ter Netzwerkpotenziale, findet im Eberswalder Wald-Solar-Heim (Brunnenstraße 25) am 23. Mai von 17 Uhr bis 18.30 Uhr eine Info-Veranstaltung statt. Dr. Winfried Haas von der innova eG erläutert die Möglichkeiten, unterschiedliche Formen und Rahmenbedingungen von Energiegenossenschaften und steht als Experte für Gründungen von Energiegenossenschaften für Fragen zur Verfügung.

CHRISTINE SCHINK

Hermann Scheer in EW

Zentrum für erneuerbare Energien

Mit dem Einsatz für die dezentrale Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien ist der Verein E.I.C.H.E. e.V. (Eberswalder Informations-Centrum Holz und erneuerbare Energien) nicht nur ein Umsetzungsakteur für die Null-Emissions-Strategie des Landkreises Barnim, sondern der Verein fühlt sich mit seiner Tätigkeit auch dem Lebenswerk des Trägers des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer (29.04.1944 - 14.10.2010) verpflichtet.

Daher war die am 29. April vollzogene Namensgebung »Zentrum für erneuerbare Energien Hermann Scheer« für den Verein eine große Ehre. Nach einjähriger Bauzeit fand an diesem Tag die erste offiziellen Begehung des neuen Beratungszentrums in Eberswalde in der Brunnenstraße 26 statt.

Es sprachen die Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretärin Tina Fischer und die Tochter Hermann Scheers, Dr. Nina Scheer.

Besonderes Highlight war die Eröffnung der interaktiven Ausstellung »Sonnenszeit«. Diese Ausstellung nimmt den Besucher mit auf einen Waldspaziergang und vermittelt ihnen, daß aufgrund der Endlichkeit fossiler Rohstoffe die Energiewende unausweichlich ist. Eine tolle Sonnenshow spricht die Besucher gleich am Eingang emotional an und zeigt die große Bedeutung der Nutzung von Sonnenenergie. Auch will die Ausstellung für den Zusammenhang zwischen Klimawandel und dem eigenen Energieverhalten sensibilisieren. Die Kombination der noch in den nächsten Monaten einzurichtenden umfassenden Technikschaue zur Nutzung erneuerbarer Energien mit der interaktiven Erlebnisausstellung ist einzigartig, nicht nur in der Euroregion Pomerania.

CHRISTINE SCHINK

Umweltkiste ERNEUER:BÄR

Auch für Tagesmütter

Eberswalde (beg). Lange war es geplant – nun ist es soweit. Die Tagesmütter und –väter des Landkreises Barnim können zur Umweltbildung ihrer Kinder die Umweltkiste ERNEUER:BÄR nutzen.

Die Umweltkiste ERNEUER:BÄR ist bereits in allen Barnimer Kitas im Einsatz und kann nun auch von den Barnimer Tagespflegepersonen ausgeliehen werden. Die erste Ausleihstation ist bei der Bildungsinitiative Barnim im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde. Frau Glienke steht hier unter 03334-214 1662 als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Eine weitere Ausleihstation wurde im Medienzentrum der Bildungsinitiative im Schulkomplex Finow eingerichtet. In der Fritz-Weineck-Straße 36 in Finow können sich Barnimer Tagespflegepersonen bei Frau Richter ebenfalls eine Kiste zur Umweltbildung mit ihren Kindern ausleihen.

Schachvergleich

Städturnier Barlinek - Eberswalde

Am 23. März hatte der Schach-Klub Barlinek »Dr. Emanuel Lasker« in Polen die Schachfreunde aus Eberswalde zu einem Vergleichskampf der beiden Städte eingeladen. Ziel laut Ausschreibung war die Popularisierung des »königlichen Spiels« unter Kindern und Jugendlichen.

Dr. Emanuel Lasker war ein deutscher Schachspieler, Mathematiker und Philosoph. Er war der zweite offizielle und zugleich der bislang einzige deutsche Schachweltmeister. Er wurde am 24. Dezember 1868 in Berlinchen, Neumark, heutiges Barlinek geboren. Am 11. Januar 1941 starb er in New York. 1879 verließ Lasker Berlinchen.

Seinen Titel als Schachweltmeister behauptete er über einen Zeitraum von 27 Jahren (1894 bis 1921) und damit länger als jeder andere Träger dieses Titels. Beim fünften Brandenburgischen Schachkongreß 1927 war Dr. Lasker in Eberswalde zu Gast. Er lieferte damals eine Simultanvorstellung an 26 Brettern.

Die beiden Städtemannschaften traten mit jeweils vier Erwachsenen und vier Jugendlichen an. Gespielt wurde mit einer Bedenkzeit von 60 Minuten pro Spiel. Für Eberswalde spielte erstmalig eine gemeinsame Mannschaft vom SV Motor und ESV Eberswalde mit den Schachfreunden Bernd Neubauer, Hardy Sydow, Detlef Zoll, Mario Lukian, Nick Müller, Maximilian Paul Mätzkow, Davy Tesch und Julia Marie Mätzkow.



In der vormittäglichen Hinrunde gewannen für Eberswalde Bernd, Nick, Davy und Max, während die Partien von Hardy, Detlef und Mario remis endeten. Leider verlor Julia ihre gute Partie in Zeitnot. In der Rückrunde am Nachmittag gab es für die Eberswalder sechs Siege sowie zwei Remise durch Mario und Detlef. Die Eberswalder Schachfreunde konnten den Vergleich also deutlich gewinnen. Wir wurden mit dem Kommentar verabschiedet: »Mann, wart ihr stark!«

Wir bedanken uns für die herzlichen und freundschaftlichen Stunden bei den Schachfreunden aus Barlinek. Eine Revanche wurde für Jahresende in Eberswalde vereinbart.

CHRISTIAN MÄTZKOW

Ein beachtlicher Neustart zum 1. Mai

von Helmut Braunschweig

Die Geschichte zu kennen und die richtigen Schlussfolgerungen aus schwerwiegenden Fehlern zu ziehen, die vor einem Jahrhundert begangen wurden und eine progressive Entwicklung in Deutschland stark belastet haben, ist eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können.

Letztlich die Ereignisse um die Machtergreifung durch die Hitler-Clique im Verein mit der Großbourgeoisie vor 80 Jahren ließen den 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse zu einem chauvinistisch-militaristisch gelenkten Spektakel der Volksverräter verkommen. Der 1. Mai wurde von ihnen zum »Tag der nationalen Arbeit« und damit zum Staatsfeiertag erklärt. Mit der Goebbelschen Propaganda sollte »...eine Revolution des Geistes die Nation umgestalten und damit den Gegner nicht vernichten, sondern sogar (für die eigenen Zwecke, (d.Verf.) gewinnen.«* Die Nazis machten davon umfassend Gebrauch: Sie koppelten faschistische Demagogie mit Verbreitung von Angst und Anwendung physischen Terrors. Die im Abflauen befindliche Weltwirtschaftskrise von 1932 beflügelte die Demagogie insbesondere durch Mitwirkung der Schwerindustrie (Krupp, Thyssen u.a.), die als Geldgeber für die Parteikasse der Nazis, Wünsche des Kleinbürgertums, aber auch Teile der arg gebeutelten Arbeiterklasse erfüllen halfen.

Doch die Quittung folgte auf dem Fuße. Ab dem 2. Mai 1933 wurden Einrichtungen der Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen (Druckereien, Gewerkschaftshäuser, Einrichtungen der Betriebsräte und Verbände usw.) geschlossen. Die Funktionäre wurden verhaftet, mißhandelt und eingesperrt. Die Gewerkschaften waren zerschlagen. An ihre Stelle begann der Zwangsmarsch in die nazistische »Deutsche Arbeitsfront«. Verbitterung, Angst und Unsicherheit breiteten sich aus. Bei manch einem keimte aber auch trügerische Hoffnung: Vielleicht erfüllte die Hitler-Regierung doch ihre sozialen Versprechen und der verarmten Bevölkerung ging es wieder besser? Viele klammerten sich an diesen Strohalm!

Ein raffinierter Trick des Propaganda-Ministers Goebbels gelang vorzüglich: Den eben entwickelten sogenannten »Volksempfänger« konnte man mit monatlichen Raten von nur 4,40 RM bei anderthalb Jahren Abzahlung landesweit erwerben. Das schaffte schnell Info-Ersatz für ausgefallene oder viel teurere Zeitungen und Zeitschriften. Die wenigsten dachten daran, daß sie sich mit der »Goebbelschmauze«, wie das kleine Radio genannt wurde, die faschistische Propaganda direkt ins Haus holten. Denn viel mehr als die deutschen Sender, die alle unter Nazikontrolle standen, konnten mit dem Mittel- und Langwellen-Empfänger nicht

gehört werden. Die Nazis hatten leichtes Spiel.

Wir sind heute noch in der Lage, Wiederholungen zu vermeiden!

Es kommt darauf an, sich nicht zu weit nach rechts herauszulehnen. Die Rattenfänger sind schnell zur Stelle. Verführerische Angebote gibt es zur Genüge. Sie rechtzeitig zu erkennen, zu enttarnen und anzuprangern ist eine Pflicht für klassenmäßiges Verhalten. Wie sagt Matthias Claudius: »Schau deinem Gegner nicht nur auf den Mund! Denn viele sprechen ausgezeichnet und handeln schlecht.«

Wir sollten bei der diesjährigen Maifeier auf dem Marktplatz in Eberswalde von unserer Stimme Gebrauch machen und klar stellen: An diesem, vom

neuen Vorstand des DGB in Eberswalde organisierten Ersten Mai demonstrieren wir für die Würde der arbeitenden Menschen. Es sind die lohnabhängig Beschäftigten, die den Wohlstand dieses Landes schaffen. Es ist die moderne Arbeiterklasse, die für ihre nachwachsende Generation dafür zu sorgen hat, daß die geschaffenen Werte

- nicht durch Kriege zerstört werden,
- sozial gerecht verteilt werden
- ein gesichertes Leben im Alter garantieren
- vor faschistoiden Zugriffen geschützt werden
- für eine friedliche progressive Erziehungsarbeit genutzt werden
- die Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft im Einklang mit einer gesunden Natur vorangetrieben werden kann.

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer und faschistischer Parteien müssen im Zusammenhang mit der Neoliberalisierung in Europa und der damit einhergehenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung gestoppt werden. Es ist an der Zeit sich zu widersetzen, Verbündete zu suchen und die organisierte Auseinandersetzung gegen den gemeinsamen Gegner, für eine antikapitalistische Grundausrichtung des Wirtschaftssystems aufzunehmen. Nicht Spaltung, sondern gemeinsames Handeln mit allen, die ihre berechtigten Forderungen auf konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Territorium, für eine bessere Gesellschaftsordnung durch radikale politische Veränderung auf die Straße tragen, ist die Aufgabe, die wir im Miteinander zu lösen haben.

* Wilhelm Müller, Das Reichsministerium für Volks-



Statt Bundessatzung - Kommunalpolitik ändern

Wir begrüßen die mit einer eindeutigen Mehrheit getroffene Entscheidung der Landesschiedskommission, den Antrag des Kreisvorstandes der Linkspartei Barnim zum Ausschluß von Carsten Zinn abzulehnen. Damit wird hoffentlich eine zum Schaden der Linkspartei öffentlich geführte Diskussion zu Personenfragen beendet und gleichzeitig ein deutliches Signal für innerparteiliche Demokratie und Pluralismus gesetzt.

Wenn für den Kreisvorsitzenden der Linkspartei die Entscheidung der Landesschiedskommission nur in der Schlußfolgerung mündet, daß nun eine Veränderung der Bundessatzung notwendig ist, so ist das wenig selbstkritisch und im Interesse der Sache bedauerlich. Vielmehr gilt es, eine nach vorn gerichtete Diskussion über eine kritischere und zugleich konstruktive Kommunalpolitik zu führen, entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen und das auch öffentlich zu machen. Anlaß und Themen dafür gibt es im Barnim und Eberswalde genug.

So ist es notwendig, die gemeinsam mit der CDU praktizierte Hinterzimmerpolitik des Landrates Ihrke (SPD) zu unterbinden und mehr Transparenz durchzusetzen. Beispiele dafür aus der jüngsten Zeit sind Vorgänge um das HoKaWe, das Werner-Forsmann-Krankenhaus oder auch des Altenpflegeheimes »Wébers Ablage«. Auch die Kommunalpolitik von Bürgermeister Boginski (FDP) und seiner Stadtverwaltung gibt reichlich Anlaß für ein kritischeres Verhalten und weniger Duldsamkeit durch die Linksfraktion. Als Beispiele der jüngsten Vergangenheit seien nur die gescheiterte Rekommunalisierung der Stromnetze, die Transparenz zur Tätigkeit kommunaler Betriebe und deren Aufsichtsräte sowie die Diskussion um die Eintrittspreise für den Familiengarten genannt. Schließlich sollten auch für die innerparteiliche Demokratie in der Linkspartei Lehren gezogen werden. Hilfreich wäre, würden der Kreisvorstand und die Fraktionen kritische Hinweise von Mitgliedern der Basis zur Kommunalpolitik ernsthafter beachten.

Das Parteiausschlußverfahren gegen Carsten Zinn ist ein typisches Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit. Hier ist es unverständlich, daß

im Vorfeld dieses Verfahrens, die für Carsten Zinn zuständige Basisgruppe vom Kreisvorstand weder über den Ausschlußantrag informiert noch zur Meinung der Mitglieder befragt wurde.

Der persönliche Umgang miteinander innerhalb der Partei und in den Parlamenten sollte umgänglicher und sachlicher werden, was auch das Verhalten von Carsten Zinn nicht ausschließt. So wird als Hauptgrund für den Parteiausschluß die Bildung bzw. der Beitritt zu einer anderen Fraktion genannt, aber verschwiegen, daß diese Handlung durch den vorgegangenen Fraktionsausschluß aus der Linkspartei der Stadtverordnetenversammlung mit zweifelhaften Gründen provoziert wurde.

Es bleibt auch zu hoffen, daß Vermutungen sich nicht bestätigen, daß mit dem Ausschlußverfahren gegen Carsten Zinn den »zu links eingestellten« Mitgliedern eine exemplarische Warnung erteilt werden sollte. Die Ursachen für das zunehmend kritische Verhalten und sogar des Austritts von parteiverbundenen und ehemals aktiven Mitgliedern, sollten einmal ernsthaft analysiert werden.

Schließlich bedarf die Öffentlichkeitsarbeit einer deutlichen Intensivierung. Dafür sollten vor allen die Möglichkeiten der örtlichen Presse, über die große Teile der Bevölkerung erreicht werden, besser genutzt werden. Hier fehlt es oft nicht an der Bereitschaft der Presseorgane, sondern an der zum Schreiben. So reicht es beispielsweise nicht aus, sich nur auf Informationsstände der Linkspartei zu bestimmten Anlässen mit Bildern von Funktionären oder auf Versammlungen zu beschränken, wo sich eine leider oft geringe Zahl von Teilnehmern einfinden, die ohnehin die gleichen Auffassungen mitbringen.

Es gilt vielmehr Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu beschreiben, die tatsächlich große Teile der Bevölkerung zu erreichen. So wäre es zu begrüßen, wenn z.B. Mitglieder der Kreis- und Stadtleitung Standpunkte zur Kommunalpolitik der Linkspartei in Form von Artikeln oder Leserbriefen in der örtlichen Presse veröffentlichen würden, womit zehntausende von Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

GISELA und Dr. HELMUT KOCH

Verfassungsschutzbericht über Biesenthal

Biesenthal (bbp). Im gerade erschienenen Brandenburger Verfassungsschutzbericht enthält auch eine Passage über das Naziobjekt in Biesenthal. Wirklich neues, meist das antifaschistische Rechercheteam Biesenthal (<http://biesenthal.blogspot.de/>), scheint der Verfassungsschutz aber nicht zu wissen oder zumindest nicht preisgeben zu wollen:

»In Biesenthal sind derzeit lediglich kleinere und konspirativ organisierte Aktivitäten zu verzeichnen. Die Liegenschaft ist aufgrund baurechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt nutzbar. Auch die

NPD hatte dieses Gelände bereits für Sitzungen genutzt, ist jedoch nicht im Besitz der Immobilie. Die eigentlichen Eigentümer sind nach wie vor nicht bereit oder in der Lage, fehlende Geldmittel für die notwendige Instandsetzung zur Verfügung zu stellen. Inwieweit die Immobilie in Zukunft für die Szene von Bedeutung sein wird, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden. daß sich die Zahl der Veranstaltungen sehr stark in Grenzen hielt, ist dem Zusammenwirken von Zivilgesellschaft, engagierten Kommunalbehörden und Sicherheitsbehörden zu verdanken.«

Kein Parteiausschluß

Am Sonnabend, den 6. April, entschied in Potsdam die Landesschiedskommission der Partei DIE LINKE über den Antrag des Kreisvorstandes Barnim, Carsten Zinn – Mitglied unserer Basisgruppe, Eberswalder Stadtverordneten und Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel – aus der Partei DIE LINKE auszuschließen. Der Ausschlußantrag wurde mit einer Mehrheit von vier der anwesenden fünf Schiedskommissionsmitgliedern abgewiesen. Carsten Zinn ist damit weiterhin Mitglied der Partei DIE LINKE.

»Ich bedanke mich bei allen«, so Carsten Zinn, »die in den letzten Monaten mir persönlich in unterschiedlichster Form ihre Solidarität erklärt haben. Besonderen Dank richte ich an die Mitglieder der Basisgruppe der LINKEN 'Georgi Dimitroff', die in der schweren Auseinandersetzung zu mir standen, mir vertrauten und mir alle mögliche Unterstützung gaben.«

Der Kreisvorstand der Linkspartei hatte dem Eberswalder Kommunalpolitiker vorgeworfen, er habe mit der Gründung der Fraktion Linkerebell/Allianz freier Wähler in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, die inzwischen personell verstärkt unter dem Namen Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) agiert, gegen die Bundessatzung der Partei DIE LINKE verstoßen. Diese gebietet den Parteimitgliedern, »bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zur Partei anzutreten«.

Auch wenn Carsten Zinn »nicht zu einer Wahl konkurrierend antritt«, befand der Kreisvorstand in Absprache mit der Stadtfraktion und dem Stadtvorstand Eberswalde, sei ein »organisatorischer und insbesondere politischer Widerspruch zur Partei DIE LINKE gegeben und eine weitere Mitgliedschaft aus unserer Sicht nicht vertretbar«.

In der Verhandlung vor der Schiedskommission brachte der Kreisvorsitzende Sebastian Walter auch sogleich ein aktuelles Beispiel zur Sprache. Die neue Fraktion DL/AfW habe in Sachen Familiengarten-Eintrittspreise entgegengesetzt zur Fraktion DIE LINKE abgestimmt, was ihren Gegensatz zu linker Politik beweise. Sebastian Walter vergaß allerdings zu erwähnen, daß die Fraktion von Carsten Zinn **gegen** und die Linksfraktion **für** die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen stimmten.

Viele Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE haben nach Bekanntwerden des Ausschlußantrages ihr Unverständnis zum Agieren großer Teile des Stadtvorstandes, der Stadtfraktion und des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE ausgedrückt.

»Wir werden«, sagt auch Carsten Zinn, »weiterhin aktive LINKE POLITIK zum Bestandteil unseres Agierens machen, ob in unserer Fraktion oder in der Basisgruppe. Maßstab der Interessenvertretung vor Ort, ist nicht zuletzt, für den Bürger da zu sein. Dafür stehe ich.«

Mitteilung der Basisgruppe »Georgi Dimitroff«

Die ganze Wahrheit

Auf dem Barnimer Arbeitsmarkt gibt es Licht und Schatten. In den monatlichen Berichten der Agentur für Arbeit über Barnim und andere Kreise in Ost-Brandenburg werden leider oft nur einseitig positive Faktoren dargestellt, aber schwerwiegende Probleme und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt verschwiegen. So wird im letzten Bericht der Rückgang der Arbeitslosigkeit ausgewiesen, aber zur Qualität der Arbeitsstellen nichts ausgesagt.

Dazu liegen zentrale Angaben vor, die inhaltlich in ihrer Tendenz auch voll auf die Arbeitsmarktlage im Barnim zutreffen. So sind 22 % der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor beschäftigt. Ein erheblicher Teil kann – auch im Barnim – aber von seinem Einkommen nicht leben und bezieht Zuschüsse von der Agentur für Arbeit mit allen damit verbundenen negativen Folgen.

Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in letzten 10 Jahren oftmals zu Lasten von Stammarbeitskräften mehr als verdreifacht. Tatsache ist auch, daß die Senkung der Arbeitslosenzahlen teilweise darauf zurück zu führen ist, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitslosen – in der BRD sind es rund eine Million – nicht mehr erfaßt werden.

Auch die späteren Auswirkungen der jetzigen Lohn- und Arbeitsmarktbedingungen auf die Rente werden kaum öffentlich gemacht. Tatsache aber ist, daß nach soliden Berechnungen von Sozialwissenschaftlern selbst bei einem Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, der leider nur von der Linkspartei gefordert wird, gerade ein Existenzminimum vor der Altersarmut erreicht wird.

Es wäre zu wünschen, daß bei künftigen Berichten der örtlichen Agentur für Arbeit auch solche Probleme und Folgen des Arbeitsmarktes öffentlich gemacht werden.

Dr. HELMUT KOCH



Erinnerungen an den April 1945:

Bomben über Eberswalde

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, war ich fünfzehn Jahre alt. Am 16. April 1945 hatte an der Oder die Offensive der Roten Armee begonnen. In Eberswalde heulten am 20. April die Sirenen. Die Betriebe und Schulen schlossen. Alle mußten nach Hause gehen. Dann wurde die Evakuierung befohlen. Alle sollten zum Bahnhof, wo Flüchtlingszüge bereitstanden. Viele verließen die Stadt, unsere Familie aber blieb hier.

Meine Großeltern wohnten damals in der Magdalenenstraße und wir auf dem Pflingstberg. Vom Pflingstberg hatten wir einen guten Überblick über die Stadt. Wir versteckten uns aber alle bei meiner Tante in der Saarstraße 39 im Keller. Gemeinsam mit ihren Wirtsleuten. Es war ein Doppelhaus und auch die Nachbarn, der Lehrer Setzkorn mit seiner Familie, waren nicht geflüchtet. Setzkorn riß gemeinsam mit meinem Großvater Steine aus der Kellerwand. So konnten wir uns mit den Nachbarn verständigen. Was in der Situation nicht verkehrt war.

Schließlich kam ein SS-Mann in den Keller und sagte: »In zwei Stunden kommen wir wieder und dann sind Sie alle weg!« Der SS-Mann kam aber nicht wieder und wir war'n auch nicht weg. Das war vielleicht dann unser Glück.

Das Haus steht am Schellengrund, der damals noch nicht so bebaut war. Wir hatten also einen guten Überblick. Wir sahen, wie die deutschen Soldaten den Schellengrund runterliefen und wie die Russen einmarschierten.

Und schließlich erlebten wir den Bombenalarm und die Bombardierung von Eberswalde in der Nacht vom 25. zum 26. April mit. Da hatte die Sowjetarmee die Stadt schon besetzt. Und es waren deutsche Flugzeuge, die die Bomben warfen. Das muß ich immer wieder betonen, weil viele sagen, es war nicht so. Es waren deutsche Flugzeuge, wir haben sie gesehen. Das kann keiner abstreiten.

Ich hatte auch noch Onkel, Tante und Cousine, die in der Ratzeburgstraße wohnten. Das ist ja am Markt. Der Onkel war in Rathenow, aber Tante und Cousine waren auch nicht geflüchtet, sondern blieben wie wir hier.

Während der Bombardierung harhten sie im Keller aus. Zum Glück wurde ihr Haus nicht getroffen. Als sich die Lage beruhigt hatte gingen sie wieder in ihre Wohnung unter dem Dach. Allerdings brannte ringsherum alles und der Brand griff auch auf ihr Haus über, so daß sie trotzdem ihr Haus und ihre Wohnung verloren.

ANNELIESE WOLF

3. Eberswalder Völkerballturnier der Toleranz



Vor zwei Jahren luden wir erstmals zu der Sportveranstaltung ein, welche heute fester Bestandteil des Eberswalder Sportkalenders ist. Mit zwölf teilnehmenden Mannschaften aus dem Barnim und Berlin ist das Völkerballturnier der Toleranz zu einer Sportveranstaltung geworden, welche sich keinesfalls verstecken muß. Besonders froh sind wir darüber, gemeinsam mit Mannschaften aus allen Gesellschaftsbereichen für ein tolerantes Zusammenleben zu werben.

Dabei soll natürlich auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Es gab viele spannende, faire

und lustige Spiele, ehe der Turniersieger 2013 ermittelt werden konnte.

Teilnehmer und Zuschauer konnten einen wunderschönen Tag erleben. Dank allen Organisatoren, den Betreuern des Spanferkelspießes, des Grill- und Getränkestand und der kleinen Bäckerei von Karl Diedrich aber auch allen, die uns mit Info- und Mitmachständen unterstützten (Piratenpartei, FDP, Rotfuchs-Regionalgruppe Eberswalde, Kiezmagazin »Maxe«, Barnimer Bürgerpost).

ROBIN MÜHLBERG,

Vorsitzender Zonenboys Eberswalde e.V.

Auch im Jahr 2013 gewannen die Favoriten den Wanderpokal des Völkerballturniers der Toleranz. Bereits 2011 und 2012 gewann die erste Mannschaft von TheosGym den Pokal, jeweils gefolgt von der ersten Mannschaft der Zonenboys, die nach zwei verlorenen Finalen in diesem Jahr endlich den Titel holen wollten. Doch diese Hoffnung war vergebens. Die Sportler von TheosGym (Foto links) ließen nichts anbrennen und gaben in einem spannenden Spiel den ewigen Zweiten auch in diesem Jahr das Nachsehen.

Die generelle Stärke von TheosGym demonstrierte deren zweite Mannschaft mit dem dritten Platz. Auf Rang 4 kamen die jungen Bundeswehrsoldaten des Teams LUMA Revival vor dem »Team Hoeck« der FDP, die Platz 5 erreichten. Auf den Plätzen 6 und 7 folgten die Zonenboys II und das Berliner Team Spaceballs. Die jungen Drachenbootbauer der Wood Boars, die in den letzten Wochen gemeinsam mit TheosGym trainierten und bei denen auch junge Afghanen und Iraker aus dem Brandenburgischen Viertel mitspielten, kamen auf den 8. Platz. Ihnen folgten das Familien Sport Team, die Barnimer Jusos sowie das Team des Gemeindezentrums im Dietrich-Bonhoeffer-Haus. Auf den zwölften Ehrenplatz kam das Völkerball-Team der Piratenpartei.

Initiative WandelBar stellt Lastenrad vor Ferienangebote im Sommer

Im Oktober letzten Jahres startete die Kultur- und Energiewendeinitiative wandelBar gemeinsam mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) das Upcycling-Projekt »Bau eines Lastenrades aus alten Fahrrädern«, das nicht nur als Umweltprojekt von der Stadt Eberswalde und von der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis gGmbH finanziell und mit Materialien gefördert, sondern auch durch einen örtlichen Fahrradhändler und einen Händler von Schweißtechnik unterstützt wurde.

Das Bauteam möchte sich bei allen Helfern und Beteiligten – vor allem auch bei Plantasia und bei der AStA-Werkstatt für ihre Gastfreundschaft – bedanken und gemeinsam das nun fertig gestellte Lastenrad vorstellen.

Dazu lädt wandelBar am Montag, den 6. Mai, um 17.30 Uhr auf den Bahnhofplatz des Hauptbahnhofs in Eberswalde zur Einweihung unseres Lastenrades ein. Weitere Infos sind auch dem wandelBar-Blog zu entnehmen: <http://stadt-und-land-im-wandel.de>.

FABIAN WULF

Gedenken an sowjetische Fliegerhelden

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde hatte am 6. April zur Kranzniederlegung für die verunglückten sowjetischen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow eingeladen. Viele Bürger sind auf den sowjetischen Garnisonsfriedhof Heegermühler Straße in Eberswalde gekommen.

Anlaß war, daß vor 47 Jahren ein sowjetisches Flugzeug in den Stößensee in Westberlin abgestürzt ist und die zwei sowjetischen Besatzungsmitglieder, Boris Kapustin und Juri Janow den Tod fanden. Sie hatten im See eine Notlandung versucht, um das Flugzeug nicht in die umliegenden Wohngebiete stürzen zu lassen. Mit der Kranzniederlegung wurde an die beiden ums Leben gekommenen Helden gedacht.

Neben Vertretern der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde legten der Stadtvorsitzende der LINKEN Torsten



Duckert und weitere Mitglieder dieser Partei Blumengebinde und Blumen nieder. Von der Stadtverwaltung ehrte Frau Steffi Knobloch mit einem Blumengebinde die Flugzeugopfer.

Teilnehmer der DKP-Ortsgruppe und Vertreter aus Bernau und sowie des Kontakt e.V. Eberswalde ehrten die Opfer mit Blumen.

WALDEMAR HICKEL

DIETER GADISCHKE

Urlaub auch mit Hartz IV

Als Hartz-IV-Bezieher in den Urlaub fahren? Wie geht das? Das kostet doch viel zu viel.

Richtig. Urlaub ist im Regelsatz nicht vorgesehen. Was die meisten nicht wissen, nicht nur Arbeitslosengeld-II-Empfänger, sondern alle sozial bedürftigen Familien können einmal im Jahr einen Urlaubszuschuß beantragen. Beim Landesamt für Soziales und Versorgung.

Je nach Familieneinkommen beträgt der Zuschuß pro mitreisendem Familienmitglied entweder 5,20 Euro, 6,70 Euro oder 7,70 Euro. Dabei muß die Familie mindestens fünf, höchstens aber 14 Tage verreisen. Als Unterkunft kommen Familienferienstätten, Pensionen, Ferienhäusern oder -wohnungen in Frage. Das Wohnen bei Verwandten oder in privaten Wohnungen wird hingegen nicht gefördert.

Einige bürokratische Hürden sind zu beachten. So müssen alle Mitreisenden in Brandenburg wohnen, denn die Bundesländer haben unterschiedliche Regelungen. Und wie üblich ist erstmal ein mehrseitiger Antrag auszufüllen, der spätestens acht Wochen vor der geplanten Reise vollständig beim Amt eingehen sollte. Neben den ausgefüllten Antragsformularen sind sämtliche Einkünfte der Familie mit Kopien zu belegen. Bei Hartz IV genügt dafür der aktuelle Bescheid. Verlangt werden zudem der Mietvertrag, die schriftliche Buchungsbestätigung und eine Kopie des Personalausweises.

Hilfe gibt es bei den verschiedenen Sozialberatungen, beispielsweise beim Buckow e.V. in der Spreewaldstraße oder beim Arbeitslosenverband im WBG-Vereinshaus in der Havel-landstraße.

Wandertips

5. Mai, Sonntag, Bralitz in der Neumark Dorfführung

Klaus Hannemann führt ca. 2 Stunden durch das Dorf Bralitz mit seiner interessanten Geschichte. Kaffee und Kuchen eingeplant. Treff: 13.30 Uhr Dorfgemeinschaftshaus Bralitz, Am Dornbuschsee, 16259 Bad Freienwalde OT Bralitz

12. Mai, Sonntag, Wanderung zum kleinen Rummelsberg (6km)

Hartmut Lindner führt vom Ökodorf Brodowin, das Dorf der sieben Seen bis zum kleinen Rummelsberg, wo man eine herrliche Aussicht auf den Parsteiner See und weitere Seen hat. Die Tour endet wieder in Brodowin. Kaffee und Kuchen beim Verein »Mensch Brodowin« vorgesehen. (www.oekodorfverein-brodowin.de). Treff: 13.30 Uhr Kirche Brodowin, 16230 Chorin OT Brodowin

19. Mai, Sonntag, Das Hochmoor am Teufelsauge 12 km

Volker Nagel führt von Hohenwutzen auf den Insel-Wanderweg. Gestartet wird mit einem Bus der Barnimer Busgesellschaft (2,10 Euro, Gruppenkarte 1,50 Euro) nach Hohenwutzen. Von hier geht es zum großen Krebssee, von wo nach ca. 10 Minuten Wanderung durch einen herrlichen Mischwald mit mehreren kleinen Rinnsalen der kleine Krebssee erreicht wird. Eine Hütte am See und die Badestelle laden zum Verweilen ein. Wir passieren nun Altglätzen und wandern durch einen Pappel- und Kiefernwald. Die herrliche Gabower Hangkante mit tollen Fernsichten ist erreicht. Vorbei an Granitzberg (75,7 m) und Schlangenpfuhl erreicht man Schiffmühle mit den Ortsteilen Hohes Holz und Bergkolonie. Eine Besonderheit ist hier anzutreffen: Alte überdachte Ziehbrunnen, welche von den Einwohnern zum Teil noch genutzt werden. Das Teufelsauge dann bietet eine herrliche Fernsicht über Wald und Flur bis hinein ins Oderbruch. Schlussendlich erscheint auf der rechten Seite ein Hochmoor, mit Wollgras und Seggen. Vorbei am Fontane Haus geht es über den Weidendamm nach Bad Freienwalde. Treff: 10.50 Busbahnhof, Bahnhofstraße, 16259 Bad Freienwalde

26. Mai 2013, Sonntag, Biber und Kranich im Niederbruch, ca. 10 km

Lothar Grewe, ehemaliger Ranger bei der Naturwacht, führt von Liepe nach Falkenberg durch das Niedere Oderbruch. Dabei wird den Spuren von Biber und Kranich gefolgt. Die Wanderung endet in Falkenberg, wo Kaffee und Kuchen bereitgestellt wird. Die Kraftfahrer werden dann nach Liepe gebracht. Treff: 13:30 Kirche, Rondell, 16248 Liepe

Gebühren jeweils: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

8. Mai – Tag der Befreiung Verbrannte Bücher

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, laden die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft und die Stadt Eberswalde um 17 Uhr zur Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße ein. Das Gedenken wird durch den Chor Iwuschka musikalisch begleitet.

Eberswalde (bbp). Vergessen werden sollten anlässlich des Sieges über den Faschismus aber auch nicht jene, die dem Terror des Regimes zum Opfer fielen. Auf dem benachbarten Eberswalder Zentralfriedhof findet man das große Ehrenmal für Zwangsarbeiter mehrerer Nationen, die während der Naziherrschaft den Tod fanden.



Ganz in der Nähe befindet sich auch das Grabmal für Philipp Zopf. Ein imposanter und etwa 2 m großer Naturstein. Eingraviert ist ein Gewehr mit Fahne, darauf »März 1920«. Darunter befinden sich der Name, Geburts- sowie Sterbedatum und folgender Satz: »Hervorragender Führer der revolutionären Arbeiterklasse des Roten Finowtals und Wegbereiter für den Sieg des Sozialismus«.



Philipp Zopf hatte sich während der Abwehrkämpfe gegen den Kapp-Putsch im März 1920 vor dem Gut Lichterfelde eine schwere Lungenentzündung zugezogen, an deren Folgen er starb.

Berlin (de/bbp). Aus Anlaß des 80. Jahrestages der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen wird es auf Anregung von Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) im Mai 2013 im Bundestag eine Gedenklesung geben.

»Bei der Lesung könnten z.B. Abgeordnete zusammen mit Künstlerinnen und Künstlern, Bürgerinnen und Bürgern aus den 1933 von den Nazis verbrannten Werken vortragen«, schildert Dagmar Enkelmann ihre Vorstellungen. Die Abgeordnete initiiert seit Jahren in ihrem Wahlkreis Lesungen der »Verbrannten Bücher« oder beteiligt sich an dieser inzwischen bundesweiten Aktion. Zwischen dem 10. Mai und dem 21. Juni 1933 waren im Zuge der Nazi-Aktion »Wider den undeutschen Geist« an vielen Orten in Deutschland öffentliche Bücherverbrennungen abgehalten worden, bei denen Werke mehrerer hundert Autoren vernichtet wurden.

Öffentliche Rentensprechstunde

Nächster Termin: Mittwoch, 8. Mai, 10 – 13 Uhr
Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE
Volkssolidarität Barnim e.V.

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Einmal im Monat immer dienstags steht das Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Nächster Termin ist der 14. Mai, 14 Uhr.

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

22. Mai, 19 Uhr: Michael Tsokos liest aus »Die Klaviatur des Todes« in der Märchenvilla.

Das Team der Buchhandlung Mahler

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Haase (2), Hickel, Mätzkow, Markmann (2), Steiner, Tobler, Zaumseil (2)

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 25. April 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23. Mai 2013, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)